

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 238.

Donnerstag, den 10. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Angestelltenversicherung als staatsbehaltende Tat.

Der Zentralverband deutscher Industrieller weist in seiner Wochenschrift bei der Besprechung des Chemnitzer Parteitag's ganz besonders auf die Aussprüche über unsere Aufklärungsarbeit unter den Privatangestellten und auf die „aller schlimmsten Folgen“ für die heutige Ausbeutungswirtschaft hin, die sich daraus ergeben müssen, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, auch in diesen Kreisen festen Fuß zu fassen.

Deshalb, heißt es dann weiter, kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß der diesjährige sozialdemokratische Parteitag... das Endziel, die Eroberung der politischen Macht, fest im Auge behalten hat und, nach Hinwegräumung mancher Hindernisse, ihm um ein gut Stück näher gekommen ist. Was soll gegenüber der erhöhten Gefahr geschehen? Soll die Industrie sich nach wie vor auf Selbsthilfe angewiesen sehen, die immer unzureichend bleibt, dem sozialdemokratischen Terrorismus aber teils infolge von über eilten und verfehlten Versicherungsgesetzen, teils aus Mangel an einem genügenden Arbeitswilligenschuß, mehr oder preisgegeben sein?

Daß die Herren auch bei dieser Gelegenheit nach dem neuen Zuchthausgesetz gegen die streikenden Arbeiter rufen, ist selbstverständlich. Wie auch immer der Parteitag verlaufen wäre, darauf hätten sie sicher nicht verzichtet.

Dagegen ist ihr Wort von „über eilten und verfehlten Versicherungsgesetzen“ sehr beachtenswert. Unter den „über eilten und verfehlten Versicherungsgesetzen“ befindet sich auch das Versicherungsgesetz für Angestellte, also das Gesetz, das die antisemitischen Handlungsgehilfen und ihre Verbündeten jetzt, im Wahlkampf für die Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung, als eine „staatsbehaltende“ Tat preisen. Diese — Begeisterung ist in den meisten Fällen nichts als eine Komödie. Der aufmerksame Beobachter gewinnt den Eindruck, daß viele unserer Gegner über die Angestelltenversicherung in Wahrheit genau so denken wie die Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller, daß sie in dieser Versicherung alles andere, nur nicht eine „staatsbehaltende“ Tat sehen.

Die Sozialdemokratie hat sich hierüber von Anfang an nicht getäuscht. In der dritten Lesung des Entwurfs für das Angestelltenversicherungsgesetz hat der sozialdemokratische Redner zwar die lange Reihe schwerer Mängel hervorgehoben, die die bürgerliche Mehrheit und die Regierungen trotz des Einspruchs der Sozialdemokraten in das Gesetz hineingebracht haben. Dann aber erklärte er, daß die Sozialdemokraten trotzdem für das Gesetz stimmen werden, da es nach ihrer Auffassung einen wichtigen grundsätzlichen und praktischen Fortschritt enthält.

Das Gesetz gibt unserer Reichsversicherung eine größere Bedeutung. Ursprünglich hatte sich die herrschende Klasse die Reichsversicherung als eine Maßnahme zur Linderung der äußersten Not solcher Arbeiter gedacht, die sich in besonders traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Allmählich aber hat sich die Reichsversicherung ausgewachsen zu einer für die große Masse des arbeitenden Volkes unerträglichem Einrichtungs — zu einer Einrichtung, die Zeugnis dafür ablegt, daß der einzelne Arbeiter und Angestellte in dem wirtschaftlichen Betriebe ohnmächtig dasteht und sein gutes Recht nur wahren kann Schulter an Schulter mit seinen Klassenossen und durch seine Gesetzgebung zum Wohle und nach dem Willen der Gesamtheit. Auf diesem Wege werden die Angestellten schließlich auch die jetzigen Mängel des Gesetzes beseitigen.

Die Sozialdemokraten erwarteten ferner, daß das neue Gesetz dazu beitragen werde, die Lage der Privatangestellten zu verbessern. Zunächst freilich belastet die Versicherung die Angestellten. Das neue Gesetz zieht sie zu Beiträgen heran, die viele von ihnen hart treffen, die sie auf die Dauer unmöglich tragen können, weil dies ihre Lebenshaltung in gesunden Tagen herabdrücken würde. Hieraus ergibt sich für die Angestellten die Notwendigkeit, sich ihren Gewerkschaften, und zwar wirklichen Kampfverbänden, anzuschließen, die den Kampf gegen die jetzige Ausbeutung mit allem Nachdruck führen und den Unternehmern höhere Gehälter für die Angestellten abzwängen.

Bis jetzt haben die Angestellten die „Segnungen“ ihrer Versicherung noch nicht aus eigener Erfahrung kennen gelernt, sondern sind erst bei der Ausstellung der Versicherungskarten mit der Höhe des von ihnen zu bezahlenden Beitragsteils bekannt geworden. Schon aber erfüllen sich die Erwartungen der Sozialdemokraten.

Überall hören wir die Klagen darüber, daß die meisten Angestellten von ihrem geringen Gehalt bei der teuren Lebenshaltung unmöglich die verhältnismäßig hohen Beiträge für die Versicherung bezahlen können. Auch dem letzten Angestellten drängt sich der Gedanke auf, daß er auf eine Erhöhung seines Gehaltes bedacht sein muß, wenn er vom Beginn des nächsten Jahres an das Geld für die Versicherung aufbringen soll. So tritt die Gehaltsfrage in den Vordergrund und treibt immer mehr Angestellte, die bisher daran garnicht gedacht haben, in den Kampf um bessere Lohn- und Lebensbedingungen.

Dies ist erst der Anfang. Je mehr Erfahrungen die Angestellten mit ihrer Versicherung machen werden, um so klarer werden sie erkennen, wie sehr sie durch die Mängel des Gesetzes geschädigt werden. Schon jetzt heißt es immer wieder, weshalb die teuren Verwaltungseinrichtungen, die die Beiträge erhöhen? Diese Fragen werden trotz aller Beschäftigungsversuche nicht verstummen. Wenn erst die ganz ungenügenden Ruhegehälter und gar die geradezu jämmerlichen Witwen- und Waisenrenten ausgegahlt werden, dann werden die Gehälter für die vielen Versicherungsbeamten und die sonstigen hohen Ausgaben für die Durchführung der Versicherung erst recht böses Blut machen. Dann werden auch immer mehr Angestellte sich davon überzeugen, daß sie durch ihre besondere Versicherung — im Gegensatz zu der Arbeiterversicherung — schwer geschädigt werden und daß sie deshalb gemeinsam mit den Arbeitern die unbedingt notwendigen Verbesserungen für die gesamte Reichsversicherung erkämpfen müssen.

So werden unsere Gegner durch die besondere Angestelltenversicherung das Gegenteil von dem erreichen, was sie erstreben. Sie wollten die Angestellten von den Arbeitern durch eine besondere Versicherung fernhalten. Hier von ließen sie sich selbst nicht durch den Nachweis der Sozialdemokraten abbringen, daß die Versicherung der Arbeiter und die Versicherung der Angestellten aufs engste zusammenhängen und nicht ohne Schädigung der Arbeiter und der Angestellten auseinandergerissen werden können. In der Praxis jedoch müssen gerade die durch die künstlichen Unterschiede der beiden Versicherungen herbeigeführten Mißstände die Angestellten an die Seite der Arbeiter bringen.

Die Mängel der Angestelltenversicherung werden denn auch für die Aufklärungsarbeit unter den Angestellten eine große Bedeutung haben. Ihre Erörterung wird uns eine günstige Gelegenheit geben, das schädliche Treiben der bürgerlichen Parteien sowie den herrschenden Klassen Gegensatz und dessen Folgen nachzuweisen. Das Versicherungsgesetz wird sich in der Tat so erweisen, wie es die Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller befürchten, nämlich als alles andere, nur nicht als eine „staatsbehaltende“ Tat im Sinne unserer Gegner.

## Der Kampf geht los.

Raum haben die Montenegriner die Kriegserklärung übermitteln lassen, so versuchen sie auch schon, in die Türkei einzurücken. Zu diesem Zwecke und um Serbien in seinem späteren Vorgehen zu dienen, haben sie die nordalbanische Festung Scerane angegriffen. Es gelang ihnen zunächst, die Festung einzuschließen. Die Freude über diesen Erfolg war jedoch nur von kurzer Dauer. Nach den letzten in Konstantinopel eingetroffenen Meldungen gelang es nämlich den Albanesen unter Riza Bei, die Festung zu entsetzen und dort einzuziehen. Hierauf sind die Albanesen auf montenegrinisches Gebiet vorgedrückt und haben die Grenze bereits überschritten.

Ein weiterer Versuch der Montenegriner, die türkischen Grenzorts Karakol und Kalowa anzugreifen, schlug fehl. Mit starken Verlusten wurden sie von den Türken zurückgeschlagen.

Trotzdem Serbien noch nicht den Krieg erklärt hat, haben serbische Truppen doch schon die Feindseligkeiten eröffnet. Bei Sawor Sama kam es zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem die Serben zurückgeschlagen wurden. Die Geschichte sängt also für die Raubstaaten recht schlecht an.

Eine halbamtliche türkische Note besagt, die Kriegserklärung Montenegros stehe im Widerspruch mit den Bestimmungen der Haager Konvention, da Montenegro nicht, ehe es zu den Waffen gegriffen habe, die Vermittlung einer dritten Macht anrufen habe. Andererseits spreche die Kriegserklärung von Mißverständnissen, ein Beweis, daß keine wirklich ernsthaften derartigen Gründe bestanden, die den Krieg rechtfertigten.

In Berliner politischen Kreisen glaubt man nicht, daß Montenegro im Einverständnis mit den anderen Balkanstaaten gehandelt hat, aber man ist der Ansicht, daß es nunmehr für die Balkanstaaten kein Halten mehr gibt. Nach wie vor wird ein gewisser Optimismus zur Schau

getragen. Man sagt, die Balkanstaaten könnten Krieg führen, so viel sie wollen, aber die Großmächte würden den Frieden diktieren.

Bis zu diesem Schritte wird es wohl noch lange Weile haben. Die beteiligten Staaten wollen von einer Einigung nichts wissen. Die Vorschläge an die Raubstaaten sind wie folgt festgelegt worden:

1. daß die Mächte jede Maßregel, die geeignet sei, eine Störung des Friedens herbeizuführen, energig mißbilligen.

2. daß sie, gestützt auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages, die Verwirklichung der Reformen in der Verwaltung der europäischen Türkei im Interesse der Bevölkerung in die Hand nehmen werden, wobei es sich versteht, daß die Reformen keine Verletzung der Souveränität des Sultans und der territorialen Integrität des ottomanischen Kaiserreiches mit sich bringen. Die Erklärung behält übrigens den Mächten die Freiheit einer gemeinschaftlichen weiteren Prüfung der Reformen vor.

3. Sollte trotzdem ein Krieg zwischen den Balkanstaaten und dem türkischen Reiche ausbrechen, werden die Mächte beim Ausgang des Kampfes keine Änderung des territorialen status quo in der europäischen Türkei zulassen. Die Mächte werden bei der Pforte gemeinsame Schritte im Sinne der vorstehenden Erklärung unternehmen.

In maßgebenden Kreisen Bukarests wird berichtet, nach der Kriegserklärung Montenegros beharre Rumänien darauf, Ruhe zu bewahren und nicht zu mobilisieren. Rumänien mache die Politik mit, die die Großmächte vereinbart hätten. Solange die Eintracht der Mächte bestehe, sei kein Grund zu Unruhe vorhanden. Sollte sie indessen gestört werden, dann würde sich für Rumänien eine schwierige Lage ergeben.

Aus Saloniki kommt folgende für die Türkei sehr erfreuliche Meldung: Ungefähr 20000 Arnauten haben sich auf dem Amiesfelde vor dem Mausoleum des Sultans Murad versammelt und veranstalteten eine Kundgebung gegen die Feinde der Türkei. Sie drückten den Wunsch aus, gegen die Feinde in den Krieg zu ziehen.

## Die Steuerung.

Der sächsische Finanzminister ordnete an, daß die Ende dieses Jahres ablaufenden Ausnahmetarife für frisches Fleisch, die wesentliche Verbilligungen enthalten, bis Ende 1913 verlängert werden. Außerdem wird für Gemeindebehörden, gewerbliche Unternehmungen und gemeinnützige Organisationen eine weitere Ermäßigung von 20 Prozent gewährt. Diese Ermäßigungen gelten auch für Gefrierfleisch und für den Bezug von Seefischen. Auch für Futtermittel und Futtermais sind die Tarife bis Ende 1913 bedeutend ermäßigt worden.

Die Münchner städtischen Kollegien bewilligten 50 000 Mk. zum Ankauf von lebendem Vieh, frischem oder gefrorenem Fleisch aus dem Auslande. Dieses soll für eigene Rechnung eingeführt und zu angemessenen Preisen an die Verbraucher verkauft werden. Die Abgabe erfolgt zum Selbstkostenpreis an die Münchner Metzgermeister. Sollten die Metzger die Abgabe des auf Rechnung der Stadtgemeinde aus dem Auslande eingeführten Fleisches nicht übernehmen oder Schwierigkeiten bereiten, so wird die Stadtgemeinde selbst auf verschiedenen Plätzen das Fleisch zum Selbstkostenpreis verkaufen. Die Gemeinde wird auch einen Kredit zum Ankauf und Verkauf von Seefischen erwägen.

Auf eine Eingabe verschiedener Städte und Gemeinden des Herzogtums Sachsen-Meiningen betr. der Fleischnot hat die meiningische Staatsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, ähnlich wie in Gotha und Schwarzburg-Rudolstadt, beim Bezug von ausländischem Fleisch unter gewissen Bedingungen den Zoll auf die Staatskasse zu übernehmen. Voraussetzung ist, daß die Einfuhr auf Kosten der Gemeinde erfolgt und der Absatz des Fleisches innerhalb der Gemeinde zu den von der Gemeindeverwaltung festgesetzten, zur Milderung der Fleischsteuerung geeigneten Preisen erfolgt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Kriegserklärung und Börse.

Die Berliner Börse hatte am Mittwoch einen sogenannten „schwarzen Tag“ zu verzeichnen. Durch die Kriegserklärung Montenegros und die Annahme, daß die übrigen Balkanländer dem Vorgehen folgen werden, entwickelte sich ein außerordentlich starkes Verkaufsangebot.

Zunächst nahmen die Banken größere Beiträge auf. Dennoch sanken die Kurse um 3 bis 4 Proz. Bald aber setzte der Verkaufsansturm stärker und stärker ein und ständig sanken die Kurse weiter. Auf den Ultimomärkten betrug der Kurs noch bis 7 und 9 Proz., und zwar wurden alle Wertkategorien unterschiedslos in Mitleidenchaft gezogen. Auf dem Kassamarkt wichen die Kurse jener Aktien, in denen die Spekulation sich vorher stark engagiert hatte, bis 15 und 20 Proz. Es war allgemein das Bestreben besonders kleinerer Firmen zu bemerken, sich ihrer Engagements zu entledigen, weil man eine weitere Erschütterung durch alarmierende politische Meldungen befürchtete. Auf dem Getreidemarkte bewirkten die Kriegsmeldungen Steigerungen der Preise für Weizen (2 1/2 Mk. für die Tonne), Roggen (2 Mk. per Tonne) und Hafer (ebenfalls 2 Mk. per Tonne).

### Die „schwarze Hand“ der Ärzte.

In einer Beleidigungsklage der Führer des Ärzteverbands gegen den Kölner Arzt Steckmeyer wurde festgestellt, daß durch den Leipziger Verband Material gegen die „Streikbrecher“ gesammelt wird, um sie gesellschaftlich und wirtschaftlich zu schädigen. Dieses Material wurde, angeblich ohne Wissen des Leipziger Verbandes, von einem Kölner Arzte dem dortigen Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt. Mehrere Ärzte der Ortskrankenkasse wurden des Ehebruchs, der Nötigung, unfittlicher Attentate usw. bezichtigt. Wegen formaler Beleidigung wurde Dr. Steckmeyer zu 75 Mk. Geldstrafe verurteilt.

### Die „sozialdemokratische Gefahr“ bei den preussischen Landtagswahlen.

Dr. Julius Bachem (Köln), die Seele des „staatsmännischen“ Zentrums, untersucht im „Tag“ die Gefahren, die den Schwarz-Blauen bei den preussischen Landtagswahlen durch ein liberal-sozialdemokratisches Bündnis erwachsen. Daß ein solches Bündnis zustande kommt, ist dem Dr. Bachem nicht zweifelhaft. Sowohl die Rede des Abg. Scheidemann in Chemnitz, wie auch das Verhalten der Fortschrittler lassen darauf schließen, daß man Abkommen nach dem Muster des Reichstagswahlabkommens wiederholen werde. Fraglich sei nur, ob die Nationalliberalen mitmachen werden:

„Auch diese möchten gewiß gern mit Hilfe der Sozialdemokraten den Konservativen und namentlich dem Zentrum eine Anzahl Mandate abnehmen; aber sie haben doch größere Schwierigkeiten im eigenen Lager zu überwinden. In der nationalliberalen Partei gibt es noch weite Kreise, welche sich immer sorgvoller die Frage vorlegen, wo die nationalliberale Partei bei der gegenwärtigen Linksentwicklung schließlich bleiben, ob sie nicht naturgemäß nach links und rechts zerbröckeln wird.“

Dr. Bachem zieht sodann aus der von ihm geschilderten Situation folgende Schlußfolgerung:

„Die rechtsstehenden Parteien werden jedenfalls gut tun, rechtzeitig mit dem Gedanken sich vertraut zu machen, daß im großen und ganzen das liberal-sozialdemokratische Wahlkartell zustande kommen bzw. wirksam werden wird. Gegen das Zentrum sicher auf der ganzen Linie. Die Zentrumsparthei wird dadurch auch ihrerseits vor neue wahltaktische Aufgaben gestellt. Bei den Reichstagswahlen ist man ja im Lager der Zentrumsparthei der veränderten Situation im allgemeinen gerecht geworden, wenn auch noch nicht mit der Entschlossenheit und Geschlossenheit, welche diese Situation erforderte, sonst wäre die Zusammensetzung des Reichstages eine günstigere geworden. Diesmal muß in der bei den Reichstagswahlen eingeschlagenen Richtung konsequenter vorgegangen werden. Eine Vorbedingung dafür wird die von langer Hand zu schaffende Klarheit sein, ob noch ein namhafter Teil der nationalliberalen Partei als Mittelpartei sich zu behaupten willens und imstande ist.“

Es verkennt diese Bemerkungen auch sind, so viel ist daraus zu entnehmen, daß das Zentrum offenbar auf weitere Festigung des Bundes mit den Konservativen und auf Heranziehung erheblicher Kreise der Nationalliberalen zu diesem Bunde hinarbeitet. Es ist wahrscheinlich auch die Hoffnung auf das Gelingen solcher Bemühungen, die Dr. Bachem hoffen läßt, daß es trotz möglicher und wahrscheinlicher Erfolge der Sozialdemokraten und Fortschrittler nicht gelingen werde, „das Gesicht des preussischen Abgeordnetenhauses so zu verändern, wie das des Reichstages durch die Wahlen vom Januar ds. Js. verändert worden ist.“

So weit gehen wohl auch die Erwartungen der Linksparteien nicht; es wird für den Anfang schon genügen, wenn eine derbe Preßsache in die sozialdemokratische Mehrheit des verbündeten Merkantilismus und Snakertums geschlagen wird.

### Protest gegen die Kandidatur Dr. Mugdans.

Als Nachfolger Traegers im preussischen Landtage haben die Fortschrittler bekanntlich den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Mugdan aufgestellt. Gegen diese Kandidatur erhebt nun der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens scharfen Protest, weil Mugdan vom Judentum abgefallen ist und sich hat taufen lassen. Der Zentralverein behauptet, daß durch diese Kandidatur viele jüdische Wähler in einen schweren Konflikt geraten, denn Mugdan habe gerade in einer besonders schweren Zeit dem Judentum den Rücken gekehrt.

Herr Dr. Mugdan hat sich im Reichstage als ein ganz besonders feindsüchtiger Christ erwiesen, als er dort eine heftige Philippika gegen den „Sordaris“ hielt, der das christliche Gemüt des Neuglaubigen durch einen Weichsartikler schwer verletzt hatte. Von sozialdemokratischer Seite wurde damals dem enttäuschten Dr. Mugdan gesagt, daß sich diese Empfindlichkeit schon legen werde, wenn das Christentum erst den Reiz der Neuheit für ihn verloren habe. Wäre Herr Mugdan nicht gelangt worden, dann hätte er eine parlamentarische Tätigkeit vermutlich überhaupt nicht erlangen können. Für das deutsche Volk wäre damit allerdings nichts verloren gegangen.

### Liberaler Kandidatenverzicht.

Bei der durch den Tod des bayerischen Landtagsabgeordneten Gensper Kollwagen sowas abgebrochenen Erwählung zum Landtage werden die Liberalen in Augsburg auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und gleich im ersten Wahlgange für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

### Blinder Marm.

In süddeutschen Blättern war dieser Tage die Rede von einer telegraphischen Einberufung der bei der deutschen Marine ausgebildeten Ersatz-Reservisten. Man schloß daraus auf die Vorbereitungen zu einer Mobilmachung. Wie nunmehr halbamtlich gemeldet wird, beruhte die Nachricht auf bloßer Erfindung.

### Unlautere Praktiken einer zentrums-agrarischen Genossenschaft.

Die bayerische Abgeordnetenkammer bewilligte am Dienstag einstimmig die erste Rate von 3 Millionen für die Mainkanalisation von Schaffenburg bis Hanau. Von den Rednern der Linken wurde über die Langsamkeit des Ausbaues bayerischer Wasserstraßen lebhaft Klage geführt. Zum Schluß der Sitzung gab Genosse Auer eine Erklärung ab gegen die größte landwirtschaftliche Genossenschaft, die Heimische Zentrale in Regensburg. Auer warf der Genossenschaft vor, daß sie, obwohl sie das Vorrecht eines gemeinnützigen Unternehmens beanspruche und gütliche, unlautere Spekulationen treibe. Sie habe die vorjährige Futternot ausgebeutet zu riesigen Gewinnen und auch zu Provisionen für leitende Persönlichkeiten. Auch habe sie die Eisenbahnverwaltung durch falsche Deklarationen getäuscht. Auer zitierte die Äußerung eines Untervorstandes der Zentralgenossenschaft: „Die Zentralgenossenschaft sei ein in christliche Nächstenliebe entwickeltes Sündergeschäft.“ Durch diese Erklärung wurde der zweite Vorsitzende der Zentralgenossenschaft, der Zentrumsabgeordnete Osel so aufgeregt, daß er unseren Redner wiederholt Feigling schimpfte und zweimal zur Ordnung gerufen werden mußte.

### Steuerzahlen zur Förderung der „Staatsgefinnung“.

In der „Post“ hat jemand den Vorschlag gemacht, bei einer Reform des preussischen Einkommensteuergesetzes die beiden untersten Steuerstufen wegzulassen — ausnahmsweise einmal etwas Vernünftiges in der „Post“! Sofort aber melden sich Freunde der „Post“, die gegen den rollenwidrigen Seiten sprung Einspruch erheben; einer hat Sorge um die Industriegemeinden, die nur von den Gemeindesteuern der unteren Steuerklassen existieren, ein anderer geht höher hinauf, für ihn hängt das Staatswohl am Steuerzahlen der Arbeiter:

„Ein Staat kann nur bestehen, wenn die Mehrzahl der Staatsbürger eine „Staatsgefinnung“ haben, d. h. sich mit dem Wohl und Wehe des Staates verbunden fühlen. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl findet in der Zahlung einer angemessenen Steuer für den Staat einen wesentlichen Ausdruck. Mit dem Aufhören der Steuerzahlung würde dieser Zusammenhang bald aufhören. Durch die sozialistische Propaganda ist ohnehin in den breiten Volksmassen die Ansicht stark genug verbreitet worden, daß der Staatsbürger, besonders wenn er Arbeiter ist, nur Rechte an den Staat, aber keine Pflichten ihm gegenüber hat. Diese staatszerstörende Gefinnung wird demnach durch Aufhebung der beiden untersten Steuerstufen sehr weit gefördert werden. Ich halte daher die Aufhebung nicht für eine politische Klugheit, sondern eben für eine politische Unklugheit.“

Wäre es nicht besser, die „Post“-leute würden sich um die „Staatsgefinnung“ der reichen Steuerbetreiber kümmern, die trotz Vermögen und hohem Einkommen den Staat um die Steuern betrügen?

### Die Wahlentrechtung in Plauen i. V. perfekt.

Unter Bruch der Geschäftsordnung ist Dienstag nacht 1 Uhr von den Stadtverordneten die Mehrheit der Bürger in Plauen entrechtet worden. Der Entrechtungsentscheid des Oberbürgermeisters, der ein Fünfklassenwahlrecht für die Gemeindegewählten vorschlägt, ist nach 8 stündiger Sitzung mit 37 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Der Oberbürgermeister erklärte, seine Vorlage müsse sofort angenommen werden, weil sonst die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen nach dem alten Wahlgesetz vorgenommen werden müßten, und die Sozialdemokraten ein Drittel der Stadtverordneten bekommen würden. Die Stadtverordneten kamen dieser Weisung nach. Um ja die Vorlage unter Dach und Fach zu bringen, wurden durch eine einzige Abstimmung sämtliche Änderungsanträge abgelehnt. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung, obwohl er genügend unterstützt war, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Stadtverordnetenmehrheit kehrte sich nicht daran, daß dies gegen den klaren Wortlaut der Geschäftsordnung verstößt.

Bisher war das Plauer Stadtparlament sozialistischer. Trotz des Fünfklassenwahlrechts werden aber mit Anfang nächsten Jahres die ersten Sozialdemokraten dort einziehen.

### Eine bedrohte Domäne des Junkertums.

Die Stellen in der höheren Diplomatie werden so ziemlich ausnahmslos mit Mitgliedern des konservativen Hochadels besetzt. Die angehenden Diplomaten werden meist als junge Garde-Offiziere einer deutschen Gesandtschaft oder Botschaft überwiesen, machen nach einigen Jahren ein Examen, dessen Bestehen ihnen recht leicht gemacht wird und der künftige Vertreter des deutschen Reiches im Ausland ist fertig. Dann beginnt der Zug um die Erde; der neugebaute Attache zieht von Berlin nach Mexiko, dann vielleicht nach Stockholm, um ein Jahr später in Madrid oder Paris, bald darauf etwa in Petersburg den Versuch machen zu können, in eine geregelte Beschäftigung hineinzutreten. Die Bezahlung dieser jungen Herren ist nicht schlecht, bei den Ansprüchen freilich, die sie aus Leben zu stellen gewohnt sind, reicht es meist nicht zu. Daraus schließt die Leitung der deutschen Diplomatie, daß nur Söhne sehr reicher Eltern zur diplomatischen Karriere zugelassen werden dürfen. Bei diesem System der Auswahl kommen die Handelsinteressen Deutschlands natürlich zu kurz. Der jüngste Diplomat will hohe Politik machen, daß darum zu kümmern, ob und wie der Absatz deutscher Produkte gefördert werden könnte, erscheint ihm direkt unhandesgemäß, ganz abgesehen davon, daß er von den Bedürfnissen des Handels meist absolut nichts versteht. Daraus erklärt es sich, daß Handel und Industrie sich

seit langer Zeit schon bemühen, die Möglichkeit zu schaffen, daß auch praktische Kaufleute Verwendung in diplomatischen Dienst finden können. Die Staatssekretäre des Auswärtigen, die wir in den letzten zehn Jahren kommen und gehen haben, haben stets Reformen versprochen, aber getan haben sie nichts. Die Erledigung des Londoner Botschafterpostens hat die Frage neuerdings aktuell werden lassen; bekanntlich wurde versucht, das Augenmerk auch auf Dernburg zu lenken, und nun kommt der Hansabund mit positiven Vorschlägen, die zunächst auf eine erhebliche bessere Bezahlung der Attaches usw. hinauslaufen. Die hochkonservative „Schlesische Zeitung“, die offenbar befürchtet, daß die Reichsregierung den Vorschlägen des Hansabundes Beachtung schenken könnte, bemerkt nun recht hochmütig:

„Der Schrei nach dem Kaufmann ertönt ja nicht zum ersten Male aus jenem Lager. Er hat mit Patriotismus nicht das mindeste zu tun, sondern verankert seine Entstehung lediglich der Selbstsucht. Man möchte gern Verhältnisse bei uns einführen wie in Frankreich, wo jeder alles werden kann. Vorausgesetzt nämlich, daß er sich auf eine geschickte Macho versteht und sich Anhang in der Öffentlichkeit sichert. Zu diesem Zwecke wird unsere Diplomatie grundsätzlich bekämpft und auf Kosten unseres politischen Vorteils in der Meinung des Auslandes herabgesetzt, obwohl unsere Diplomaten mindestens nicht schlechter sind als die anderer, auch republikanischer Staaten. Schuster bleib bei Deinem Leisten! Das ist ein altes, gutes Wort, gültig für jeden Beruf und Stand. Wenn der Jurist einen Vertreter braucht, wählt er einen Juristen, der Mediziner einen Mediziner, und der Kaufmann einen Kaufmann. Und in der Diplomatie sollte es anders sein?“

Das konservative Blatt will verhindern, daß bürgerliche Kreise in eine Domäne junkerlicher Abkömmlinge einbrechen. Mit der darin liegenden Herabwürdigung der Handels- und Geschäftswelt mögen sich die betreffenden Kreise selber abfinden. Nur soviel sei bemerkt, daß unsere deutsche Diplomatie mit Erfolgen bisher nicht gerade besonders belastet war.

### Asien.

China und Tibet. Die Chinesen haben in Tibet endlich Erfolg gehabt. Die „Nordchina Daily News“ meldet aus Latsienlu, 14. September: General Tschu, der Anfang September mit 2000 Chinesen von einer starken Abteilung Tibetener bei Hoku überfallen wurde, konnte sich bis zu dem einen Tagemarsch entfernten Litang durchschlagen. In derselben Zeit nahmen andere chinesische Truppen Hsiangshoeng. Eine starke Abteilung Chinesen rückt auf Derga vor, um sich mit dem von Latsienhe entsandten Korps zu vereinigen. Die Chinesen beherrschen jetzt faktisch Osttibet. 4000 Lamas in Litang sind loyal. Die Stellung der Garnison Lhasa ist nach einer vorliegenden Meldung sicher. Der dortige chinesische Kommandant Tsongtingling soll bei den Tibetern sehr beliebt sein.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 10. Oktober.

Die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen auf dem Kriegsspielfeld. Aus den Reihen der „Freien Vereiningung“ angehörenden Privatangestellten schreibt man uns: In Sachen der Privatangestelltenversicherung haben unsere Hiebe vom 5. d. Mts. gelesenen. Das beweist eine Zuschrift der Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen an die „Lübeckischen Anzeigen“ in heutiger Nummer. Das Eingeständnis dieser Herren, das erst nach fünfzigigen Geburtswehen das Licht der Welt erblickt, vermutlich weil die Herren der hiesigen Ortsgruppe dazu nicht imstande sind und erst die Hilfe ihrer Zeitung aus Hamburg einholen mußten, ist aber wieder so von unfreiwilligem Humor getragen, daß wir unbedingt darauf eingehen müssen. Schon um unseren Lesern zu zeigen, welche bedrückenden Formen der Größenwahn bei geistig zurückgebliebenen Personen, wie den Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen, annehmen kann! So stellen sich diese Mikrometergrößen als den „bestgehachten“ Gegner der Sozialdemokratie hin. Ach Gott, ach Gott, welche Einbildungskraft! Die große deutsche Viermillionenpartei und als Gegner . . . diese jungen . . . Mite der Reaktion! Weiter soll es uns besonders unangenehm sein, daß das Privatangestelltenversicherungsgesetz den Privatangestellten den Stempel einer mittelständischen Schicht verleiht, dadurch würde verhindert, daß die modernen Handlungsgehilfen ins Proletariat herabgezogen würden. Daß Du die Nase ins Gesicht behältst“ würde Ostel Präfig zu dieser volkswirtschaftlichen „Weisheit“ sagen. Dabei steht ziffernmäßig fest, daß über 70 Proz. der Privatangestellten unter 2000 Mk. im Jahre verdient! Mit Tausenden der vor Standesbündel wie Luftballons aufgeblasenen Jünglinge würden die meisten Arbeiter nicht tauschen mögen und neben ihnen die Zugehörigkeit zum „neuen Mittelstand“ sicher nicht. Im Gegenteil, es dauern ihnen die armen Kerle, die sich von ihren Führern so das Gehirn verfleistern lassen, daß sie ihre eigene traurige Lage nicht erkennen und ihren Mittellosigkeitsstand für einen neuen Mittelstand halten. Und dann noch das Betonen ihrer „vornehmen“ Kampfesweise, seitens der Deutsch-Nationalen. Ausgesprochen bei den Schachjüngern! Das ist die Sorte, die immer ihre Latit auf Majorisierung und Terrorisierung Andersdenkender richtet. Noch am 20. September in Berlin beorderten sie ihre Vertrauensleute, mit ihren Mitgliedern „die Gänge und die Klanten zu besetzen“, um durch Radau — ihre beste „geistige“ Waffe — Versammlungen der Gegner zu sprengen. Allerdings fielen sie schauerhaft dabei rein. Und diese Don Quixotes wollen nun Moral predigen; ein Bild von bezugender Schönheit. Und endlich zum Schluß wieder die Vorschlagsflorbeeren. Dabei befinden sich die Herren vom Hauptauschuß überall in der Defensive. Denn die Angefallenen beginnen zu erwachen! Mehr und mehr kommt ihnen zum Bewußtsein, wie sie von ihren sogenannten „Führern“ mit der „Standesversicherung“ hinter die Bucht geführt worden sind. Die so beliebten Schlagworte, die Spekulation auf den Standesbündel und Standeshochmut verfangen nicht mehr gegenüber der rauhen Wirklichkeit, gegenüber dem schreienden Mißverhältnis zwischen Beitragslast und Rentenerleistung, gegenüber diesem Hofn auf eine „Versorgung bis ins hohe Alter“. Ein Jahrzehnt lang haben die Angefallenen gehofft und gewartet und statt der Erfüllung ihrer Erwartungen winkt ihnen jetzt eine kümmerliche Wassertrappe. Und dafür heißt es nun: zahlen, viel zahlen und immer wieder zahlen. Da hat sich wohl mancher im Stillen gelobt:

Der Wahltag wird ein Jubiläum.

Gewiß sind ziffernmäßig die alten Verbände uns überlegen, im Reiche wie an den einzelnen Ortlichkeiten.

Sechshunderttausend gegen sechzigtausend Mitglieder bedeutet eine erdrückende Übermacht — aber wir sehen die Qualität gegen die Quantität! Es fehlt nicht an Beispielen in der Geschichte, da eine kleine, aber wohlorganisierte und kampfbereite Schar des übermächtigen Gegners Herr wurde. Ist auch nicht damit zu rechnen, daß wir soviel Stimmen aufbringen wie die Hauptauschüsseverbände, so wird sich doch zeigen, wie weit die Überzeugungskraft unserer Ideen über den Kreis unserer Organisationen hinauswirkt. Hunderttausende von Angestellten stehen noch unentfaltet da; sie gilt es zu gewinnen. Zehntausende von Angestellten befinden sich auf der Seite des Hauptauschusses ohne zu wissen warum, andere Zehntausende aus diesem Lager sind ausgesprochene Gegner der Tendenzen des Hauptauschusses. Sie sind dort drüben aus Tradition, aus Bequemlichkeit. Diese Schichten gilt es aufzurütteln.

Auf jede Stimme, auf jeden einzelnen, weiblichen oder männlichen Angestellten, kommt es an. Der Wahltag rückt immer näher. Jeder werbe in seinem Kreise für unsere Liste A, der „Freien Vereinigung“.

An Orten, wo unser Verband allein vertreten ist, wird eine Liste unseres Verbandes aufgestellt, an den anderen Orten gehen wir gemeinschaftlich mit den anderen Verbänden der „Freien Vereinigung“ vor. Die Stimmzettel enthalten nicht die Namen der Kandidaten, sondern nur die Bezeichnung der Wählervereinigung und den vom amtlichen Wahlleiter als Kennzeichen gegebenen Buchstaben. Die Wahl ist geheim. Alle volljährigen männlichen und weiblichen Angestellten haben das Wahlrecht. Jeder wählt im Wahlbezirk seines Wohnorts. Als Wahllegitimation dient die Versicherungskarte. Diese muß allen Angestellten ausgestellt werden, auch denjenigen, die ihre Befreiung aus dem im Gesetz vorgesehenen Gründen beantragen, oder deren Befreiungsfreiheit nach § 9 von ihrem Arbeitgeber beantragt wird; denn die Befreiung kann erst vom 1. Januar 1913 ab gelten. Wenn der Arbeitgeber die Karte verweigert, wende man sich direkt an die Ausgabebehörde. Wird sie auch dort verweigert, so muß die vorläufige Entscheidung der Reichsversicherungsanstalt bei der Ausgabebehörde beantragt werden. Niemand lasse sich um sein Wahlrecht bringen. Gerade die Angestellten, deren Interesse der „Hauptauschuss der oberen Zehntausend“ so schmählich verraten hat, will man ihres Wahlrechts berauben! Die Wahl gilt für sechs Jahre! Soll die Reaktion sechs Jahre lang triumphieren? Wie und nimmer! Zahlt es ihnen heim am Tage der Wahl!

**Wahltag ist Wahltag!**

**Die Verammlung der Bürgerchaft**, welche am Montag, dem 14. Oktober 1912, abends 6 Uhr stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Einsetzung einer gemeinsamen Kommission in Anlaß der in Lübeck bestehenden Fleischsteuerung. 2. Eingemeindung des Städtischen Travemünde sowie verschiedener Landgemeinden. 3. Gewährung einer Beihilfe an die Wegemeinde Harnsdorf zur Unterhaltung einer Straße der Landstraße Ragsburg-Berentshin. 4. Verstärkung des Abschnitts XIX der Ausgabebehörde des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1912. 5. Staatsseitiger Erwerb von vier auf dem Priwall gelegenen Parzellen von den Erben des Rechtsanwalts Dr. Brehmer hier. 6. Einrichtung eines Asyls für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wäscherinnenanstalt. 7. Ausübung der Stelle des 2. Maschinenmeisters beim Elektrizitätswerk und Errichtung einer weiteren Maschinenmeisterstelle nach Klasse A VIII des Beamtenbesoldungssatzes. 8. Entscheidung der Frage, ob die vom Bürgerausschuss nicht an den Senat gerichteten Anträge 1. von W. A. B. Heinsch: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, zu prüfen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, namentlich Pflichtfortbildungsschulen auch für die weiblichen gewerblichen Lehrlinge einzuführen; 2. von Menborg: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, eine einheitliche Regelung des Gehaltes der Lübeckischen Zollbeamten vorzunehmen, seitens der Bürgerchaft an den Senat gelangen sollen.

**Mit der Erhöhung des Kostgeldes des Allgemeinen Krankenhauses und der Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Oberärzte** hatte sich gestern der Bürgerausschuss zu beschäftigen. Die von letzterem eingeleitete Kommission beantragt u. a. das Gehalt der Oberärzte auf 8000 Mark festzusetzen. Im Kostgeldtarif für das Allgemeine Krankenhaus (Drucksache 1912 Nr. 23 S. 7—9) ist unter der Rubrik „Auswärtige“ zu sehen:

anstalt 4.—	Mk.	4,50	Mk.
2,25	„	2,75	„
5.—	„	5,50	„
7.—	„	7,40	„
12.—	„	13.—	„

Der Ablass: Privatkranken haben für ärztliche Behandlung für den Tag zu entrichten“ usw. ist zu streichen. Im zweitfolgenden Ablass: „Schließlich ist es den Oberärzten gestattet“ usw., sind die Worte „und außerordentlichen Hilfeleistungen“ zu streichen und am Schlusse des Satzes hinter „wahren“ einzufügen: „Den Heilgen der zweiten Klasse darf nur mit Zustimmung der Vorherrschaft des Krankenhauses mehr als die Hälfte der Anlässe der Medizinaltage des ärztlichen Vereins vom 1. Januar 1908 in Anrechnung gebracht werden.“

Die Anlage zum Kostgeldtarif erhält folgende Form: Anlage zum Kostgeldtarif. I. Von den Kranken der ersten und zweiten Klasse sind besonders zu vergüten: a) Aufwendungen bei Operationen: 1. bei größeren Operationen in der ersten Klasse 20 Mk., bei größeren Operationen in der zweiten Klasse 10 Mk., 2. bei kleineren Operationen in der ersten Klasse 10 Mk., bei kleineren Operationen in der zweiten Klasse 5 Mk. b) Außerordentliche Aufwartung und Leistungen, soweit sie vom Kranken selbst verlangt werden, zum Selbstkostenpreise; c) Heilera und besonders kostspielige Heilmittel zum Selbstkostenpreise; d) Wein, soweit er nicht vom Arzt verordnet wird, zum Selbstkostenpreise; e) Wäscherreinigungskosten, soweit nicht Anstaltswäsche verwendet wird. II. Von den Kranken der ersten und den Auswärtigen der zweiten Klasse sind außerdem besonders zu vergüten:

a) Verbandsmaterial im Laufe der Behandlung zum Selbstkostenpreise;	2. Klasse	1. Klasse
b) der Gebrauch der medico-mechanischen Apparate, jede Sitzung	1,—	1,50
c) der Gebrauch der hydrotherapeutischen Einrichtungen und Lichtbäder mit je	1,—	1,50
d) Massage, Packungen, Benutzung des Inhalatoriums usw. je	0,50	0,50
e) Röntgenaufnahmen:		
Plattengröße 13x18	4,—	6,—
18x24	6,—	8,—
24x30	8,—	10,—
30x30/40	16,—	20,—
Röntgenbestrahlung	2—3	3—5
Durchleuchtung (ohne photographische Aufnahme	3—4	4—6
f) Benutzung des stereoskopischen Apparates für Augenuntersuchungen	3,—	5,—

Die Vorsteherschaft des Allgemeinen Krankenhauses ist berechtigt, im Einvernehmen mit dem Medizinalkollegium den vorstehenden Tarif in bezug auf die Benutzung von neuen ärztlichen Apparaten und besonders kostspieligen neuen Heilmitteln zu ergänzen. In der allgemeinen Beratung beantragte Dr. von Broden, 1. die Ziffer 3 der Senatsanträge folgendermaßen abzuändern: 3. daß ein Oberarzt der chirurgischen Abteilung mit einem pensionsfähigen Gehalt von 8000 Mk. angestellt werde; 2. den Senatsanträgen als neue Ziffer 6 folgende Übergangsbestimmung hinzuzusetzen: 6. Für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 1917 ist der chirurgische Oberarzt von der Bestimmung unter Ziffer 5 befreit. Solange diese Befreiung besteht, tritt die Pensionsberechtigung des chirurgischen Oberarztes nicht ein, vielmehr bleibt die gegenseitige sechsmonatige Kündbarkeit des Anstellungsverhältnisses bestehen. Dr. Benda beantragte, den Schlußsatz des Antrages Dr. von Broden folgendermaßen abzuändern: Solange diese Befreiung besteht, beträgt das Gehalt des chirurgischen Oberarztes, ohne daß eine Pensionsberechtigung eintritt 8000 Mk. jährlich. Der vorgerückten Zeit wegen mußte die Verhandlung der Vorlage abgebrochen und ihre Fortsetzung auf die nächste ordentliche Versammlung verschoben werden.

**Der Bürgerausschuss** erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für den Senatsantrag, der das Polizeiamt ermächtigen soll, zu den Unterhaltungskosten der in der Gemeinde Harnsdorf liegenden Teilstrecke der Landstraße Ragsburg-Berentshin für die Jahre 1912 bis 1916 einschließlich eine Beihilfe von jährlich 400 Mk. zu zahlen.

**Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Wollin, der seitens der Großherzoglich-Anwaltschaft in Gadebusch wegen Diebstahls flechtlich verfolgt wird. — Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der auf der Mühle in Siems ein Fahrrad gestohlen hat.

**Nationale Schweinefeste.** Unter dem Schweinebestande des Arbeiters Helbig, Josephinenstraße 26, ist die Schweinepest amtlich festgestellt worden.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Dem uns so nahe benachbarten Dichter Otto Ernst soll am Freitag, dem 11. d. M., auch von unserer Bühne mit einer sorgfältig studierten Aufführung seiner erfolgreichen Komödie „Lachsmann als Erzieher“ die Ehre werden, die ihm, wie allen namhaften Bühnenschriftstellern zur Feier des 50. Geburtstages, nach einem Beschluß des deutschen Bühnenvereins von den vereinten Bühnen zugebracht ist. Von den verschiedenen Bühnenwerken des Dichters wählte die Direktion die „Lachsmann“-Komödie darum, weil sie vielleicht am trefflichsten das Typische seiner lebenswarmen Kunst zeigt. — Am Sonnabend, dem 12., ist die erste vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen. Zur Aufführung kommt Lessings dramatisches Gedicht „Nathan der Weise“.

**Öffentliche Trinkerfürsorge (Parade 1).** Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 11. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

**Hamburg. Mordversuch aus Eifersucht.** Eine Eifersuchtstragödie spielte sich am Mittwoch morgen um 6 Uhr in der Wohnung des Trödlers Karl August Scholz, im Hause Nagelsweg 47 ab. Nachdem Scholz seine Frau im Februar d. J. durch den Tod verloren hatte, nahm er im August die 1888 zu Hohenstein geborene Haushälterin Agnes Schulz zu sich ins Haus. Scholz hatte die Absicht, die um viele Jahre jüngere Haushälterin zu heiraten und machte ihr auch verschiedene Anträge, die die Schulz aber stets zurückwies. Wiederholt geriet Scholz mit seiner Haushälterin in Streit, da Scholz auf das Mädchen stets sehr eifersüchtig war. Am Dienstag nachmittag kehrte Scholz um 4 1/2 Uhr in die Wohnung zurück. Die Schulz, die erst kürzlich bei ihrem in Kiel ansässigen Bruder zu Besuch weilte und von dort dessen Sohn mit nach Hamburg gebracht hatte, kam mit dem Knaben erst um 5 Uhr in die Wohnung zurück, wo Scholz wie immer Streit anfangen. Man beruhigte sich aber wieder und ging später schlafen. Am Mittwoch morgen weckte Scholz die Haushälterin um 6 Uhr zum Kaffeetocher. Während die Sch. in der Küche beschäftigt war, trat Sch. an die Haushälterin heran und fragte sie, ob sie sich nicht wieder mit ihm vertragen wolle. Als die Schulz den Trödler abwies, drang Scholz plötzlich mit einem Messer auf das Mädchen ein. Die Schulz wehrte sich und versuchte, ihm die Waffe zu entwenden. Scholz brachte ihr aber einen sechs Zentimeter langen und einen Zentimeter tiefen Schnitt am Hals bei. Bei dem Versuch, dem Manne das Messer zu entreißen, wurde der Haushälterin die rechte Hand zerschneitten. Scholz gab schließlich nach und bat die Schulz, doch keine Anzeige gegen ihn zu erheben, was die Sch. auch versprach. Später erzählte sie die Sache einer Nachbarin, die ihr riet, die Sache bei der Polizei anzuzeigen, worauf die Schulz auch Anzeige machte. Scholz wurde bald darauf in der benachbarten Schmiedewerkstelle von Wenzlern ermittelt und verhaftet. Er gab die Tat zu und erklärte, durch Eifersucht dazu getrieben worden zu sein. Die Verletzungen des Mädchens sind ungefährlich.

**Hamburg. Schießrevolver halbwüchsiger Jungen.** Das „Hamb. Echo“ schreibt: Die „Ertüchtigung“ der Jugend durch die sogenannten Wehrvereine führt nachgerade gemeingefährliche Zustände herbei. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht durch unvorsichtiges Schießen der zum Soldatenspiel abgerichteten Jungen irgend ein Unheil angerichtet wird. Gestern vormittag ist wieder ein Menschenleben auf diese Weise in ernste Gefahr gebracht worden. Das 12jährige Schulmädchen Barge, Ophagen 19 wohnhaft, wurde an der Altonaer Grenze bei der Weidmannstraße von einer Kugel in den Kopf getroffen. Der Schuß war von dem 13jährigen Sohn eines Hohenrade wohnenden Gymnasialrektors abgefeuert worden, der sich mit ca. 20 Jungen gleichen Alters, sämtlich mit Gewehren bewaffnet (!), dort umhertrieb. Er wurde von der Mutter des angeschossenen Mädchens ergriffen und der Polizei zugeführt. Das Mädchen kam ins Krankenhaus. Welche Genügnung den Jungen, die sämtlich den sogenannten besseren Ständen angehören, eingeimpft worden ist, läßt sich aus einer Äußerung erkennen, die einer von ihnen gleich nach dem verhängnisvollen Schuß tat. Er rief: „Gut getroffen! Sie hat eins an den Kopf getriegt!“ Wenn die „besseren“ Eltern ihre Sprößlinge auf diese Weise zu Apachen ausbilden lassen, sollten sie mindestens auch dafür sorgen, daß sie sich nur gegenseitig Wäher in die Köpfe schießen. Die übrige Bevölkerung muß energisch verlangen, vor den jugendlichen Schießgefeßen geschützt zu werden.

**Kiel. Wie mit Menschenleben gespielt wird,** ergab eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. Am 2. Mai ereignete sich bei dem Erweiterungsbau des Güterbahnhofes ein schrecklicher Unglücksfall. Beim Herabnehmen einer über 12 Meter hohen Böschung erfolgte ein Erdrutsch. Der im Betrieb befindliche Döfelfagger wurde vollständig zerstört, zwei Arbeiter fanden den Tod, ein dritter wurde leicht verletzt. Die Arbeiten wurden von der Kieler Tiefbaufirma Schmidt ausgeführt. Der Bauführer Urbatsch, der die Aufsicht bei den Arbeiten hatte, mußte sich nun wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß der Wagger nicht so hoch griff wie die Böschung war; es blieben etwa

3 Meter Boden überhängen. Weiter war der Boden verschiedenartig zusammengeleht, es befanden sich auch Erdbänke darin. Alles das hatte der Bauführer nicht genügend beachtet, obwohl ihn die Arbeiter auf die gefährliche Situation aufmerksam machten. Ja, die Arbeiter hatten sich geweigert, unter diesen Umständen weiterzuarbeiten. Der Bauführer Urbatsch ordnete aber die Weiterarbeit an. Kurz vor dem Einsturz wurde der Wagger gestoppt und an einer Stelle gearbeitet, wo es sehr gefährlich war. Es ließ sich aber nicht feststellen, wer die Schwenkung angeordnet hatte. Urbatsch sagte, das hat der verlorbene Baggerführer getan. Zeugen sagen, Urbatsch hat die Anordnung getroffen. Aus den Gutachten der Sachverständigen Gewerberat Niemann und Regierungsbaurat Lütjohann geht hervor, daß die Arbeiten zur Nachtzeit hätten gar nicht gemacht werden dürfen. (Der Unfall ereignete sich bei der Nachtzeit.) Der Unfall sei nur durch mangelhafte Aufsicht des Bauführers geschehen. Die Strafkammer verurteilte den Bauführer Urbatsch zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt, der das Verhalten des U. als ein Spiel mit Menschenleben bezeichnet hatte, beantragte neun Monate Gefängnis. — Von unserer herrlichen Militärjustiz. Am 4. November 1911 wurde der Matrose B. vom Linienschiff „Hessen“ wegen tätlichen Angriffs auf einen Wachposten usw. zu der harten Strafe von 2 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt. B. nahm erst die Strafe an, legte dann aber Berufung ein mit der Begründung, er habe die Strafe nur in einem Zustand von Verwirrung angenommen. Seine Berufung wurde aber vom Oberkriegsgerichtsrat als unzulässig zurückgewiesen. Als B. nun einen Teil seiner Strafe im Festungsgefängnis in Köln verbüßt hatte, liegen doch Bedenken an seiner Zurechnungsfähigkeit auf. Er wurde unterfucht und für unzurechnungsfähig erklärt. Ein Wiederaufnahmeverfahren wurde eingeleitet und jetzt hat das Kriegsgericht des zweiten Geschwaders das erste Urteil aufgehoben und B. freigesprochen. Die Staatskasse wurde auch verpflichtet, an B. eine Entschädigung zu zahlen.

**Tschöe. Töblicher Unglücksfall.** Der hier zum Anlauf von gebrauchten Sachen anwesende Reisende Georg Dieks wurde, als er sich im heißen Gassen in der Nähe eines Böschkrans aufhielt, von einer siebzehnpfundigen Beschleunigung getroffen, wobei er aus einer Höhe von drei Metern auf die Kante einer im Hafen liegenden Schute geschleudert wurde und in die Stör fiel. Er war schon tot, als er aus dem Wasser gezogen wurde.

**Hadersleben. Germanisierungspraktiken in Nordschleswig.** Die Missionsbewegung in Nordschleswig, die die gläubigen Schafe deutscher und dänischer Zunge im Interesse der Staatserhaltung vereinigt, hat es jetzt auch mit der deutschen Regierung verstanden, seit beim dänischen Flügel dieser Bewegung die Gewaltpolitik der schmählichen Kollerperiode politische Neigungen wahrgenommen hat. Ganz besonders fühlt sich der Vorjohnde, Pastor Lonneßen, vom „Wohlwollen“ der Behörden betroffen. Er hat jetzt seinen Posten niedergelegt, nachdem er von seinen Vorstandskollegen im Kampf gegen unerbittliche Eingriffe der Behörden im Stich gelassen war. Trotzdem will er den Kampf nicht aufgeben, und in einer öffentlichen Erklärung sagt er, es sei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht einer Bevölkerung, für die Erhaltung ihrer Nationalität zu kämpfen. Er fordert gleichzeitig seine Glaubensgenossen auf, ihm beizustehen, und veröffentlicht einige charakteristische Fälle von Eingriffen der Regierung in die Missionsarbeit. Einmal wurde dem Verein eine Verlosung religiöser Schriften und Bilder nicht genehmigt; dann wurde die Verkäuferin in der Missionsbuchhandlung in Hadersleben, die durch Heirat das dänische Staatsbürgerrecht erwarb, ausgewiesen usw. — Der Kampf ums Recht in Nordschleswig scheint demnach wieder heftiger zu werden, nachdem eine kurzlichige Regierung solch „väterliche“ Fürsorge über Staatsbürger und vor allem gegen eine Vereinigung walten läßt, die doch nur staatsbehaltend wirken will.

**Grevesmühlen. Einen schrecklichen Tod** erlitt der Böttner Kolz aus Rankenhagen. Als er in dem benachbarten Dorfe Kl.-Voigtshagen mit dem Transport einer Drillmaschine beschäftigt war, wurden die vor die Maschine gespannten Pferde durch das Klappern der Zinken scheu. Er ergriff die Pferde, wurde aber von ihnen umgerissen, worauf die Maschine über ihn hinwegging und die Zinken ihn zerrissen. Zwei Arbeiter, die ihn aus seiner schrecklichen Lage befreien wollten, erlitten gleichfalls schwere Verletzungen.

**Stavenhagen. Ein schwerer Unglücksfall,** dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich Donnerstag in Böhagen, einem Nebengut von Jürgensdorf, r. A. Stavenhagen. Dort hielt sich bejuchswese ein kleiner Knabe aus Hamburg auf, der angefaßt der vom Felde heimkehrenden Pferde den Wunsch, einmal zu reiten, äußerte. Einer der Tagelöhner erfüllte ihm denselben und setzte ihn auf ein der Tiere. Dieses begann nun zu laufen, wodurch der Knabe herunterfiel, mit einem Fuß aber im Stielengehirr hängen blieb und mit fortgeschleppt wurde. Nun eilte das Pferd noch schneller dem Stalle zu. Beim Einbiegen in denselben flog der Knabe mit großer Wucht gegen die Stalltür und blieb auf der Stelle tot liegen.

**Neustrelitz. Wenn Kinder mit Feuer spielen.** Auf dem Gute Ahrensdorf bei Neustrelitz spielten zwei Kinder eines Vorrichters in einer Scheune mit Streichhölzern. Es geriet die Scheune in Brand, wobei das eine vierjährige Kind so schwere Brandwunden erlitt, daß es nach kurzer Zeit im Neustrelitzer Krankenhaus verstarb. Auch die Mutter der Kleinen erlitt bei der Rettung ihres Kindes schwere Brandwunden.

**Bremen. Lohnbewegung der Bremer Tabakarbeiter.** In Anbetracht der Teuerung und der unzureichenden Löhne traten kürzlich die Tabakarbeiter von Bremen und Hemelingen an die Fabrikanten mit einer Lohnforderung heran. Der bis jetzt ohne Arbeitseinstellung errungene Erfolg ist als günstig zu bezeichnen. Bei 62 Firmen wurden Lohnzulagen für 732 Arbeiter und Arbeiterinnen erzielt. Bei einem Teil der Fabrikanten wurde der Lohn um 5—8 Proz. erhöht, und soll bei einigen eine weitere Zulage von 5 Proz. mit Beginn des kommenden Jahres eintreten, andere legten pro Wille für Zigarrenarbeiter je nach den Sorten und ob Hand- oder Formarbeit von 50 Pfg. bis 2 Mk. zu. Auch für Sortierer wurden Lohnzulagen gemacht, und zwar bei Akkordarbeit von 5 bis 50 Pfg. pro Wille, und bei Wochenlohn bis zu 3 Mk. wöchentlich. Bei einer Reihe von Fabrikanten konnte auch für Juristen, Fader und Bekleberinnen eine Lohnherabsetzung herausgeschlagen werden, und zwar meistens um 1 Mk. pro Woche. Die Lohnbewegung kann, da sich eine Anzahl kleiner Fabrikanten noch nicht zur Bewilligung bequemt hat, noch nicht als abgeschloffen gelten, sodas noch weitere Verhandlungen nötig sein werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# 20 000 Mark

## Sterbefall-Unterstützung

zahlte die

# Dampfbäckerei „Hansa“

J. C. D. Junge & Co.

an

# 200 Witwen

in der Zeit vom

1. Juli 1908 bis 1. August 1912.

Diese Unterstützungen wurden gezahlt an

89 Arbeiter	16 Kaufleute
20 Beamte	3 Musiker
23 Handwerksmeister	11 Privatleute
36 Handwerksgehilfen	2 Seeleute,

die nachweislich ihren Brotbedarf bei derselben entnommen hatten.

**Legitimationskarten werden in allen Verkaufsstellen unentgeltlich verabfolgt.**

4060

**Achtung!**

Jeden Freitag von 8-1 Uhr verkaufe auf dem Brotingplatz (Hofstentor)

**frische Seefische.**

Emilie Boy, Königstraße 61, Markthallenstand 46. (4068)

## Bienenfleiss.

8986



**Singverein „Eintracht“.**

**General-Versammlung**  
am Donnerstag, 17. Oktober  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

**Tages-Ordnung:**  
1. Abrechnung.  
2. Liederabend.  
3. Weihnachtsfest.  
4. Maskenball.  
5. Verschmelzungsfrage.  
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.  
**Der Vorstand.** (4066)

## Kalnbergs Variété.

Freitag, den 11. Oktober:  
**Elite-Familien-Abend**  
**Orchester-Konzert**  
**15 Musiker**  
dazu: (4066)  
alle Künstler mit extra  
gewähltem Repertoire.  
Entree 20 Pf. Spezial 40 Pf.  
Beginn 8 Uhr.

**Alte Gebisse**  
per Zahn bis 2 Mark  
auch Bruchteile, kauft (4054)  
EinarSörensenEngelswisch43-45,II.I.

**Gesang-Verein**  
der Zimmerer.

**Quartals-Versammlung**  
am Freitag, dem 11. Oktober  
abends 8 1/2 Uhr  
bei Mohr, Hundestraße.  
Tagesordnung:  
Verschmelzungsfrage.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Vorstand. (4057)

## Hansa-Theater.

**Achtung!!** **Achtung!!**  
Das Oktoberprogramm  
**Stewart Compaine**  
Melange-Akt.  
**Les trois Floridas**  
die akrobatischen Grazien.  
**Wolf und Brumm**  
die Grottesk-Komiker etc. etc.  
**Sonntag nachmittag 4 Uhr:**  
**Fremden- und Volks-**  
**Vorstellung**  
zu kleinen Preisen.

Nach der Vorstellung  
**Kabarett.** (4058)  
Die Kabarett-Kräfte sind erstklassig.  
**Grazie! Schönheit! Humor!**  
Eintritt frei,  
Die ganze Nacht geöffnet.

## Neues Stadttheater.

Freitag, den 11. Oktober:  
22. Vort. i. B.-Ab. 4. Vort. i. Freitag-Ab.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
**Otto-Ernst-Feier.**  
**Flachmann als Erzieher.**  
Komödie von Otto Ernst.  
Mittel-Preise.  
Sonntag, den 12. Oktober:  
Vollständ. Vorst. Außer Abon.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.  
**Nathan der Weise**  
von G. G. Geising.  
Kleine Preise. (4052)

## Vorträge der Oberschulbehörde.

Museumsdirektor Dr. Schaefer, Lübeck:

### Geschichte der mittelalterlichen Kunst.

10 Vorträge: Montag, den 14., 21. und 28. Oktober, 4., 11., 18. und 25. November, 2., 9. und 16. Dezember 1912  
in der Aula des Johanneums, abends 8 1/2 Uhr.

Chefredakteur Dr. Hansen, Lübeck:

### Öffentliche Meinung u. Zeitungswesen.

4 Vorträge: Freitag, den 25. Oktober, 1., 8. und 15. November 1912  
in der Aula der Ernestinenschule, Kl. Burgstraße 24-26,  
abends 8 1/2 Uhr.

**Eintrittskarten** zum Preise von 250 Mk. für die Vortragsreihe unter I, von 1 Mk. für die unter II sind zu haben im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4, I, bei F. W. Kaibel, Breite Straße 40, Rich. Nützw, Breite Straße 97, Lübeck & Nöhning, Breite Straße 31, Robert Lübcke, Königstraße 41, im Bureau der Ortskrankenkasse und in der Öffentlichen Lesehalle, Mengstraße 28, sowie im Arbeitersekretariat, Johannisstraße 49. (4053)

## Zentral-Verband der Steinarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

### Stiftungsfest und Ball

am Sonntag, dem 20. Oktober 1912

im Lokale des Herrn Gutsche, „Neu-Lauerhof“.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.  
Eingeladene Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

## Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

### geschlossenen Ball

am Sonnabend, dem 26. Oktober 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 9 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Preis der Karte 50 Pfg.

Das Komitee.

NB. Die Karten sind nur bei den Bezirksvereinen zu haben.

## Bei den teuren Zeiten

ist

## Brot das billigste Nahrungsmittel.

Man erhält dasselbe, auf das sauberste zubereitet

**zu äusserst billigen Preisen**

in den Verkaufsstellen der

## Dampfbäckerei „Hansa“ J. C. D. Junge & Co.

Hauptgeschäft: Breite Straße 1-5.

Unsere Verkaufsstellen:

### Innere Stadt:

Holstenstraße 4  
Hübstraße 24  
(Haus Roepel)  
Balauerföhr  
Ecke Krähenstr.  
Königstraße 121  
Langer Lohberg 23  
Dankwartsgrube 48  
Fleischhauerstr. 114  
Johannisstraße 66

### Hüxtertor:

Wakenitzstraße 11 b  
Percevalstraße 22

### Mühlentor:

Peterstraße 1  
Kronsforder Allee (Ecke Kolosseum)  
Kronsforder Allee 94 a

### Burgtor:

Lange Reihe 8  
Arnimstraße 27 b  
Kottwitzstraße, Ecke Bülowstraße.

### Holstentor:

Moislinger Allee 4 a | Meierstraße 25  
Moislinger Allee 57 a | Warendorfstraße 21  
Wielandstraße, Ecke Lachwehr-Allee  
Fackenburger Allee 54  
Fackenburger Allee 90  
Adlerstraße 41 b, Ecke Gioxinstraße,  
Steinrader Weg 55 | Hansastrasse 90

**Auf jede 10 Pfennig Broteinkauf**

erhalten Sie

**eine Rabattmarke.**

4061

## Ein Nachwort zum Fall Hildebrand.

In der Nürnberger Parteiversammlung, in der vom Chemnitzer Parteitag Bericht erstattet wurde, war von der Genossin Grünberg gegen den Genossen Pfannkuch der Vorwurf erhoben worden, er habe sich bei der Zusammenfassung der Beschwerdeforen, die den Fall Hildebrand zu prüfen hatte, von dem Ankläger Hildebrand, dem Genossen Dittmann-Solingen, leiten lassen und die Vorschläge der Landmannschaften nicht berücksichtigt. Die „Bergische Arbeiterstimme“ stellt jetzt fest, daß sich Genosse Pfannkuch von dem Genossen Dittmann allerdings für die drei Körperschaften (Bureau, Mandatsprüfungskommission und Beschwerdeforen) des Niederrheins hat vorschlagen lassen. Pfannkuch wandte sich aber nur deshalb an Dittmann, weil er den Vorschlag bis zum Sonntag morgen schriftlich haben wollte, bis dahin aber noch kein anderer Delegierter des Niederrheins in Chemnitz war. Daß der Niederrhein, der 14 Reichstagswahlkreise umfaßt, von denen 6 im Reichstage sozialdemokratisch vertreten sind, auch in den Körperschaften des Parteitages vertreten sein sollte, könne man doch nicht für unbedenklich halten. Genosse Pfannkuch habe dessen ungeachtet von den drei Vorschlägen nur einen berücksichtigt. Daß er gerade den Vorschlag für die Beschwerdeforen berücksichtigt, geschah selbstverständlich, um Solingen, das zum Niederrhein gehört, im Falle Hildebrand mitleiden zu lassen. Ob Limberg-Düsseldorf oder ein anderer Delegierter vom Niederrhein gewählt worden wäre, hätte die Zusammensetzung der Beschwerdeforen in bezug auf die Richtung nicht geändert. Dr. Süßheim sei erst gegen Bartels-Mitona ausgetauscht worden, als man den Artikel Heines für Hildebrand in der Chemnitzer „Volksstimme“ gelesen habe. Man habe sich gesagt, daß dieser juristische Artikel in der Kommission von einem Juristen geprüft werden müsse. Die Richtung der Kommission sei auch dadurch nicht geändert worden, da Bartels für den Ausschluß Hildebrands gestimmt habe. In den drei Körperschaften sei übrigens Süddeutschland doppelt so stark vertreten gewesen, als es seiner Mitgliederzahl entspreche. Von den 27 Sitzen standen Süddeutschland nur 4 zu, berücksichtigt war es aber mit 8 Sitzen. Die revisionistische Richtung hätte ihre Stärke nach höchstens 2 von den 9 Sitzen der Beschwerdeforen beanspruchen können, habe aber gleich 6 mit Beschlag belegt, und jetzt schrien sie Jetermorbio, daß davon 2 gestrichen worden seien. Daß der Genosse Wasner-Stuttgart durch Limberg-Essen ersetzt wurde, geschah nur, um der großen niederrheinischen Landmannschaft auch einen Platz zukommen zu lassen. Weiter stellt Dittmann fest, daß die 4 Mitglieder der Minorität die gegen den Ausschluß Hildebrands waren, vor Antritt huldigten, daß Hildebrand nicht auf dem Boden der Parteigrundsätze stehe. Müller-München und Löbe-Breslau hätten gemeint, es sei das beste, wenn Hildebrand selber austreten würde. Sie hätten also nur aus taktischen Gründen gegen den Ausschluß gestimmt. Wir sind nicht gern auf den Fall Hildebrand zurückgekommen, der einen Mißklang in den Chemnitzer Parteitage brachte, können aber unmöglich über die Feststellungen des Solinger Blattes hinweggehen, da sie allen Verleumdungen gegen die Beschwerdeforen die Spitze abbrechen. Ein gegen Hildebrand bestelltes, aus seinen Feinden gebildetes Rekrutgericht ist sie wahr-

haftig nicht gemessen. Daß der Niederrhein darin vertreten sein mußte, liegt auf der Hand, und daß man sie nicht aus lauter Süddeutschen zusammensetzen durfte, doch auch.

Da wir einmal den Fall Hildebrand angeschnitten haben, dessen glücklichste Lösung wir in dem freiwilligen Ausschließen Hildebrands gesehen hätten, während uns taktisch der Vorschlag Lauffenbergs am geschicktesten schien, wollen wir auch noch, um jeden Geruch einseitiger Regerrichterlei zu vermeiden, einen Verteidiger Hildebrands zu Wort kommen lassen. Der Frankfurter „Volksstimme“ wird aus akademischen Kreisen, die ihr nahe stehen, geschrieben:

„Die Frage nach der Richtigkeit des Ausschlusses Hildebrands ist fürchterweise von Anfang an zu einer Streitfrage zwischen „Revisionismus“ und „Radikalismus“ gestempelt worden. Leider gaben die Chemnitzer Verhandlungen diesen Bemühungen in gewisser Weise recht. Einzig Genosse Lauffenberg schien ein Gefühl dafür zu haben, daß ein veritabler Ausschluß Hildebrands etwas Gefährlicheres bedeute als eine Niederlage des „Revisionismus“. Aus Gründen, die leider kein einziger der Chemnitzer Redner berührt hat, halte ich die Chemnitzer Lösung des Falles Hildebrand für parteischädigend. Die Gründe müssen alle diejenigen anerkennen, denen die Erhaltung des theoretischen Charakters unserer Partei am Herzen liegt.

Wir sind keine politische Partei wie irgend eine andere in Europa. Wir haben von Anfang an beansprucht, der Sozialwissenschaft (und nicht nur ihr) neue und richtige Wege weisen zu können. Bei den Spannungen zwischen dieser unserer theoretischen und unserer politischen Welt-aufgabe — der innere Zusammenhang dieser beiden Aufgaben, ihre innere Verflechtung, ja bis zu einem gewissen Grade ihre Identifizierung war bisher unser Stolz.

Mit den wachsenden rein politischen und parlamentarischen Aufgaben unserer Partei droht mehr und mehr das Bewußtsein unserer theoretischen Mission zu schwinden. Die prachtvollen Debatten von Hannover und Lübeck sind längst historisch. Damals handelte es sich vor allem um die theoretische Richtigkeit der Bernsteinschen Anschauungen. Die aus seinen Theorien sich ergebenden Schwierigkeiten der praktischen Agitation kamen erst in zweiter Linie. Und die gesamte Partei fühlte sich verpflichtet, vom Standpunkt wissenschaftlicher Richtigkeit so oder so zu den Problemen Bernsteins Stellung zu nehmen. In Chemnitz lehnte man — und das Bedeutsame ist, daß dies von ausgesprochen „radikaler“ Seite geschah — ein Eingehen auf die Theorien Hildebrands a priori ab. Ganz abgesehen davon, daß ernsthafte Leute nun überhaupt nicht wußten: wird Hildebrand wegen seiner Theorien, deren Prüfung man ablehnt, oder wegen irgend welcher parteischädigenden Handlungen ausgeschlossen — es bedeutete ohne Frage eine bedenkliche Etappe in der Entwicklung der Partei, daß sie sich im Falle Hildebrand zu einer wirklichen theoretischen Prüfung und Kennzeichnung seiner Anschauungen weder in den Schiedsgerichts- und Beschwerdeforen noch im Plenum des Parteitages herbeiließ. Kein einziger Theoretiker unserer Partei ist in der Erledigung dieses Falles tätig gewesen. Und doch standen zugestandenermaßen theoretische Abweichungen Hildebrands vom Parteiprogramm zur Diskussion. Während sich die Vorinstanzen wenigstens noch um eine theoretische Prüfung bemühten, lehnte der Parteitag als letzte Instanz ein

Eingehen auf diese wichtige Seite der Angelegenheit überhaupt ab. Nun ist der hierbei in Chemnitz als maßgebend verkündete Standpunkt des „simplyn politischen Kämpfers“ in unserer Partei nicht ganz neu. Neu aber war, daß er von Leuten kam, bei denen man bisher gerade die wissenschaftliche und theoretische Würde unserer Partei in guter Hut glaubte.

Der vorhin gekennzeichnete Ausnahmeharakter gerade unserer Partei, die immer stolz darauf gewesen ist, etwas Höheres, etwas mehr gewesen zu sein als eine politische Partei im gewöhnlichen Sinne, muß, wie gesagt, notwendig dann und wann zu Spannungen und Konflikten führen. Die Partei hat solche Spannungen öfter erlebt. Sie hat sie ertragen. Wie wir glauben, nicht zu ihrem Schaden. Wer sich mit der modernen Wissenschaft einläßt, die von Hypothese zu Hypothese schreitet, muß auf immer erneute Prüfung seiner Anschauungen, d. h. aber auch auf eine gewissermaßen ewige Beunruhigung gefaßt sein. Er verliert damit an Ruhe. Aber er gewinnt an sachlicher Kraft. Dieser merkwürdige Chemnitzer Ausschluß aber eines Theoretikers mit souveräner Beiseiteziehung aller theoretischen Erörterungen scheint eine bedenkliche Veränderung der bisherigen geistigen Struktur unserer Partei anzuzeigen. Bisher haben wir glücklich zu entscheiden verstanden zwischen der Lassalischen „Freiheit bis zum Mißbrauch“, die unsere Partei (als die einzige Partei, die sich auf Wissenschaft zu gründen behauptet) nötig hat, und der Gebundenheit, die ihr aus ihrem politischen Tageskampfe notwendig erwächst. Die brutale Art, wie in Chemnitz das theoretische Interesse, das nur in Freiheit gedeihen kann, dem rein politischen Interesse untergeordnet wurde, fordert den Protest aller ernsthaft wissenschaftlich arbeitenden Parteigenossen heraus. Wir sind kein Diskussionsklub. Aber wir danken für eine Uniformität der Meinungen. Und seit wann ist es der Stolz der Partei, aus simplen politischen Kämpfern zu bestehen? Alle Arbeit gerade unserer Theoretiker ging darauf hinaus, mehr aus ihnen zu machen.

Ob das, was Hildebrand beschrieben hat, Sozialismus sei, ist eine zweite Frage. Unmöglich aber und unerträglich ist die Art, wie in Chemnitz eine theoretische Frage einer politischen Erwägung zum Opfer fiel. Die große Majorität, die dort Hildebrand ausgeschlossen hat, mag von ihrem „Radikalismus“ überzeugt sein. Wenn „Revisionismus“ je so etwas bedeutet hat wie Zurückstellung der Theorie, Beugung der Theorie unter politische Tagesneuigkeiten, dann hat dieser „Revisionismus“ in Chemnitz einen unzweifelhaften Sieg errufen. In Chemnitz ist ein Präzedenzfall von der Superiorität simpler politischer Kampfesnotwendigkeiten gegenüber den Notwendigkeiten, wie sie unsere theoretische Tradition erfordert, geschaffen worden, der gerade den Hütern unserer wissenschaftlichen Tradition bedenklich sein sollte, und der ihnen vielleicht einmal sehr gefährlich werden kann.

Um den Fall Hildebrand gründlich, aber damit hoffentlich auch endgültig abzutun, soll noch Genosse Kautsky das Wort haben, der sich in der „Neuen Zeit“ also äußert:

„Daß der Ausschluß Gerhard Hildebrands die lebhafteste sittliche Entrüstung aller liberalen Arbeiter hervorgebracht hätte, war selbstverständlich und nicht weiter zu verwundern. Im „Berliner Tageblatt“ höhnt Herr Teodor Wolff in den herzbrechendsten Tönen über diesen Ausschluß und kommt zu dem Schlusse: „Es

## Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(42. Fortsetzung.)

Am liebsten hätte der Deutsche dem lustigen Gewühle gar nicht mehr zugehört und sich in eine Fenstervertiefung zurückgezogen, um mit sich allein zu sein. So wenig wirklichen Grund er auch für die Verstimmung, welche ihn überkommen, hätte angeben können, so meinte er dennoch ihre volle Berechtigung zu fühlen, meinte es noch nie so empfinden zu haben, wie fern er dem ihn umgebenden Gesellschaftsstand — aber der gute Ton verlangte jetzt ein Veredeln seiner inneren Regungen; er mußte lächelnd das Auge auf den Tanzenden ruhen lassen, mußte sehen, wie Johnson eine Unterhaltung mit Margaret völlig in der leichten, kern Weisse eines bevorzugten Bekannten führte, wie seine Worte in der gleichen Weise von dem in Heiterkeit strahlenden Mädchen erwidert zu werden schienen, und unwillkürlich um ihm der Gedanke, daß beide doch durch Stellung und Verhältnisse ein wie für einander geschaffenes Paar abgaben. Damit glaubte er auch plötzlich in bezug auf Johnsons Beziehung zu der Familie klar zu sehen, und die zwanglose Weise von dessen Auftreten war ihm erklärt; damit verstand er auch die eigentümliche Inkonsequenz in dem bisherigen Benehmen des jungen Frost dem andern gegenüber; Johnsons Mensch mochte jenem nicht ganz behagen, aber gegen einen künftigen Schwager mußten Rücksichten genommen werden — Reichardt mochte nichts mehr von dem Paare sehen; eine Augenblicke starr unter die übrigen, während doch inner seiner Gedanken bei dem war, was sich ihm bot, und erst als am Ende der Quadrille das Karree sich auflöste, wußte er sich wieder zum Bewußtsein der Gegenwart auf.

„Aber, by George, Reichardt, ich denke, Sie werden nicht in ganzen Abend so fest dastehen bleiben!“ trat John lachend zu ihm heran.

„Stiller nicht,“ erwiderte der Angeredete, sich erhebend, über ich bin unter den übrigen fast noch ganz fremd, und die Zuhörer wollen erst ausgestreckt sein. Sagen Sie,“ ihr er halblaut fort, seinen Arm vertraulich unter den des andern schiebend und einem fast peinlichen Orange in ihm legend, „steht nicht Mr. Johnson ihrer Familie näher, als ich bis jetzt gewußt?“

Der junge Frost sah den Frager groß an, warf dann sein Blick hinüber, wo Johnson in eifrigem Gespräche mit Margaret und einer ihrer Freundinnen stand, und wandte nun das Auge mit einem eigentümlichen Ausdruck von Ruhe nach Reichardt zurück. „Ich weiß von nichts Beson-

derem,“ sagte er, „indessen will ich nachfragen, wenn Ihnen etwas daran liegt.“

Reichardt griff fast erschrocken nach des andern Arm; da sah er plötzlich, wie sich Margaret mit ihrer Nachbarin erhoben hatte und in gerader Linie auf ihn loskam — er fühlte, wie ihm das Blut aus dem Gesichte wich. „Nicht wahr, Mr. Reichardt,“ sagte sie herankommend, und dem Angeredeten war es bei dem süßen Tone, der ihm entgegenklang, als fülle sich sein Herz zum Zerpringen, „Sie lassen uns eine deutsche Komposition auf dem Piano hören? der Genuß wird uns so selten, und wir müssen die Gelegenheit wahrnehmen!“

Reichardt verbeugte sich schweigend, er wußte, daß er kein Wort hätte sprechen dürfen, ohne seine Bewegung zu verraten; schon in der nächsten Sekunde aber hatte er wieder die volle Macht über sich gewonnen. „Sie haben nur zu befehlen, Miß!“ sagte er langsam aufblickend und traf ein Auge, das wie in fragender Befremdung auf ihm ruhte. Er hielt den Blick aus, es war ihm eine Art Wollust, alle überquellenden Empfindungen zurückzudrängen und nur die halbe Bitterkeit, welche sich in ihm gebildet, bilden zu lassen — es war eine Art Selbstqual, er wußte es, aber er fand Festigkeit darin und mit einer leichten Neigung des Kopfes wandte er sich dem Piano zu.

Monate war es her, daß er keine Taste unter den Händen gefaßt, und er griff in die Klaviatur des prachtvollen Instruments, als wolle er mit einem Male alles, was ihm das Herz belastete, von sich werfen. Bei seinen ersten Akkorden schon waren die Gespräche verstummt, und einzelne der Anwesenden hatten in seiner Nähe Platz genommen; aber bald dachte Reichardt kaum mehr an die Gesellschaft. Wie der Zupf einer befreundeten Seele, der er sich voll hingeben durfte, waren ihm seine eigenen Töne entgegengeflungen; er goß sein Herz mit dem ganzen Grollen, dem er nicht einmal einen Namen zu geben wußte, aus und fühlte, wie nach jedem Griff sich seine Brust freier und befreidiger hob; weicher und milder wurden seine Gänge, es war ihm, als habe er in der Fremde wieder den Weg nach seiner rechten Heimat gefunden, und fast willenlos begann er als Thema des geordneten Spiels: „Zieh'n die lieben goldenen Sterne auf am Himmelstrand.“ So fremd das Lied an die Ohren seiner Umgebung schlugen mochte, so allein stand auch er jetzt mit seinem Empfinden in den selbstgewählten Verhältnissen — und sie, die ihm Erlaß für eine ganze Welt hätte geben können, stand so weit über ihm, hatte sicherlich ihre Herzensbefriedigung schon in dem eigenen Kreise gefunden und achtete nichts von dem, was in dem Innern des armen Teufels, den ihre Vermittlung erst von Hausnachts-

arbeit erlöst, vorging, und wahrlich! sie sollte es auch niemals ahnen — mit einer kräftigen Dissonanz unterbrach er sein Spiel und senkte wie in Selbstvergessenheit den Kopf, dann aber, als bringe ihn die lautlose Stille um ihn her zur klarsten Besinnung zurück, ließ er eine wilde Kadenz über die Tasten laufen und schloß in furiosen Tempo den „Pantec-Doodle“ daran. Selbsthohn, Ärger über die Weichheit, in welche er geraten, regierten seine Finger, aber er half sich dadurch am leichtesten aus seiner bisherigen Stimmung und mit einer sonderbaren Selbstgenugtuung begann er immer fortwährend, immer trivialer die Melodie herunter zu trommeln.

„No, Sir, no! das ist abscheulich!“ rief eine Stimme neben ihm, „Sie stürzen die Menschen kopfüber aus ihren schönsten Träumen!“ Reichardt brach mitten in dem Stücke ab und erhob sich rasch, und ein mehrstimmiges Gefächter um ihn her schien den vermeinten Spaß, den er eben vollführt, gebührend belohnen zu wollen. Neben sich sah er die Pianospielderin stehen, die mit einer Art lebenswüthigen Schmolens zu ihm aufblinzelte; als er aber das Auge unter die lachenden Gesichter der übrigen warf, sah er Margarets Züge, ernst und bleich, mit einem Ausdruck von Sorge sich nach ihm heben, eine Sekunde lang blieb ihr Blick forschend in dem seinen hängen, dann wandte sie sich ab und machte dem alten Frost Platz, welcher die Gruppe durchbrach und auf Reichardt zuwärt. „Haben Sie uns das alte Vaterland im Bergleiche zu dem neuen zeigen wollen?“ sagte er gutgelaunt, „fast war es mir so bei dem Kontraste, welchen Sie hinstellten.“

„Ich weiß wirklich selbst kaum, was ich gespürt habe,“ erwiderte der junge Mann in einer leichten Befangenheit, „ich wollte nur aus der Schwärmeret und den Dissonanzen, zu denen sie geführt, wieder ins praktische Leben zurück.“

„Geschwankt haben Sie wenigstens nicht dabei,“ lächelte Frost; „beides ließe sich aber vielleicht auf diesem Felde verfolgen, wenn Sie dann und wann mit John abends herankämen, es hängt mir selbst immer noch etwas von der deutschen Musikliebe an.“

„Sie wissen, Mr. Frost, daß Sie ganz über mich zu verfügen haben,“ erwiderte Reichardt sich verbeugend, während das Blut in seine Wangen flog, um dann langsam einer tiefen Blässe Raum zu geben. Frost hatte sich mit einem freundlichen Kopfnicken weggewandt, und die Pianospielderin sprach zu dem Deutschen; dieser aber ward ihrer in dem Orange widerstrebender Empfindungen, welche Frost's Einladung in ihm wach gerufen, kaum gewahr, und erst als jene sich mit einer direkten Frage, deren Endworte er glücklicherweise auffing, sich nach ihm wandte, wurde er sich seiner Zer-

wirkt unerträglich, wenn in einem Lande und in einer Zeit der Geistesverfolgung und der gefnehteten Ueberzeugung auch eine Volkspartei dem Bekennermut Respekt und Schonung verweigert.

Derlei Ausbrüche brauchen uns nicht weiter zu beschäftigen. Es genügt, sich zu erinnern, welchen Respekt und welche Schonung kürzlich erst dasselbe „Berliner Tageblatt“ für den Bekennermut des Obersten Gädde aufbrachte, den es, nicht als Politiker, sondern als militärischen Sachverständigen, in dem Moment auf Pflaster warf, wo Gädde demokratischer Bekennermut Herrn Mosse unbehagen wurde.

Die Liberalen haben ein Recht, über den Ausschluß Hildebrands ärgerlich zu sein, denn damit wird ihnen das Hintertürchen verschlossen, durch das sie bürgerliches, imperialistisches Denken in die Sozialdemokratie zu schmuggeln hoffen.

Der Aerger der Liberalen ist also berechtigt und braucht uns nicht zu kümmern. Ernster dagegen ist es, daß es eine Reihe Genossen gibt, die sich durch das Geschrei der Liberalen und der Freunde Hildebrands in unseren Reihen verblüffen lassen und wirklich glauben, wegen seiner Ueberzeugung dürfe niemand aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen werden, die eine Partei freier Forschung und vollster Meinungsfreiheit sei. Durch den Ausschluß würden wir zu einer Kirche, der Parteitag zu einem Kezengericht. Es fehlt nur noch, daß Gerhard Hildebrand zum Giordano Bruno des zwanzigsten Jahrhunderts proklamiert wird.

Ich habe schon früher einmal darauf hingewiesen, daß die Forderung vollster Meinungsfreiheit eine Forderung an den Staat ist. Auf eine Partei angewendet, wird sie zur Sinnlosigkeit, denn eine Partei bildet eben die Vereinigung aller jener, die in der Politik im wesentlichen die gleichen Ziele mit gleichen Mitteln anstreben, also in dieser Beziehung der gleichen Meinung sind. Die Partei ist eine Organisation des Kampfes mit bestimmten Mitteln für bestimmte Ziele, also eine Organisation des Kampfes gegen alle, die sich ihrem Streben widersetzen, die andere Ueberzeugungen verfolgen. Die Bekämpfung bestimmter Meinungen ist ihre Aufgabe, ihre raison d'être.

Trotzdem wird immer und immer wieder das Wort von der Kirche und dem Kezengericht vorgebracht. Die äußere Ähnlichkeit, daß hier wie dort über einen Menschen wegen seiner Ueberzeugung geurteilt wird, ist gar zu bestechend. Und doch braucht man nur ein bißchen tiefer zu sehen, um zu erkennen, daß die äußere Ähnlichkeit in der Praxis der Kirche und der der Partei in Wirklichkeit den vollständigsten Gegeniaz verbirgt.

Schließt denn die Kirche diejenigen ihrer Mitglieder aus, die von den in ihr maßgebenden Anschauungen abweichen? Wenn sie das täte, würden wir sie nicht wegen ihrer Intoleranz angriffen, sondern wegen ihrer Ehrlichkeit preisen. Aber weder der katholischen Kirche noch irgend einer der protestantischen Staatskirchen fällt es ein, ungläubige Mitglieder auszuschließen. Wollten sie das tun, wollten sie jeden aus ihrer Gemeinschaft ausweisen, der kein strenggläubiger Christ in ihrem Sinne ist, wie viele Mitglieder dieser Kirchen würde man heute noch finden?

Mit dem Ausschließen waren die christlichen Gemeinden nur so lange, und oft sehr rasch, bei der Hand, als sie die lebhafteste Opposition gegen die herrschenden Klassen und deren Staatsgewalt bildeten. Damals, in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung, hielten sie streng darauf, alle Elemente von sich fernzuhalten, die im Widerspruch zum Gesamtcharakter der Bewegung standen.

Das änderte sich, als die Kirche Einfluß auf die Staatsmacht gewann und sie schließlich beherrschte. Jetzt suchte sie ihre Macht zu erweitern nicht mehr im Kampfe gegen die herrschenden Klassen, sondern durch deren Ausnutzung. Die Gewinnung der Köpfe für bestimmte Ueberzeugungen durch geistlichen Kampf trat jetzt zurück gegenüber der Gewinnung der Köpfe durch staatlichen

Zwang. Jetzt begann die spezifisch kirchliche Unduldsamkeit. Sie äußerte sich nicht im Ausschließen, sondern im gewalttätigen Festhalten der Andersdenkenden, denen gleichzeitig jede Befundung ihres abweichenden Denkens bei schwerer Strafe verboten wurde. Ein freiwilliger Austritt aus der Kirche ist unmöglich dort, wo die Kirche den Staat beherrscht. Er ist heute noch in manchem „freieren“ Staat mit Erschwerungen und Belästigungen verknüpft.

Gerade das Gegenteil ist in der Partei der Fall. Sie hindert niemand am freiwilligen Austritt. Wir fordern auch von niemand, daß er sozialdemokratisch denken soll. Wir verkümmern niemand das Recht, seine Meinungen frei zu äußern. Wir können nur unmöglich jedem einzelnen das Recht geben, nach Belieben zu entscheiden, welche Meinungen sozialdemokratische sind oder nicht. Das Recht, darüber zu entscheiden, kann nur die Partei allein als Ganzes oder ihre höchste Vertretung, der Parteitag, haben, nie ein einzelner.

Wenn die Kirche ein Kezengericht einsetzte, hatte dieses zu untersuchen, inwieweit die Anschauungen des Kezers von denen der Kirche abweichen, um zu entscheiden, ob er gezwungen werden sollte, seine Äußerungen darüber zu widerrufen oder nicht. Weigerte er sich, dann sollte ihm jegliche Möglichkeit weiteren Forschens und Lehrens genommen werden. Wo die Kirche die nötige Macht hatte, sei es die katholische oder eine protestantische, schaute sie zu diesem Zwecke selbst vor der Todesstrafe nicht zurück.

Wenn unsere Partei über einen Genossen zu Gericht sitzt, um zu untersuchen, inwieweit die Anschauungen des Betreffenden mit denen der Partei zu vereinbaren sind oder nicht, fällt es keinem unter uns im Traume ein, einen Widerruf oder eine Verhinderung des Forschens und Lehrens zu verlangen. Es handelt sich bei einem derartigen Gericht nicht darum, einen armen Sünder zu verurteilen, sondern herauszufinden, ob die Differenzen seiner Anschauungen von den unserigen ein weiteres geistliches Zusammenarbeiten möglich machen oder ob es nicht für die Partei wie für den Dissidenten am erspriesslichsten ist, wenn jeder Teil seine eigenen Wege geht. In Chemnitz dachte niemand daran, Hildebrand zu „strafen“ oder in der Verkündung seiner Lehren hindern zu wollen. Nur unter sozialdemokratischer Flagge soll er das nicht mehr tun.

Das nennt Herr Wolff eine „erzwungene Befolgung des Tempelritus“. Er scheint vom Zwang ebenso sonderbare Vorstellungen zu hegen, wie vom Tempelritus.

Gegenüber diesem aufgeregten und — bei den Liberalen — sehr interessierten Gerede sei an die Ausführungen erinnert, die vor kurzem ein ruhiger und völlig uninteressierter Forscher gelegentlich einer Besprechung von Lily Brauns Memoiren äußerte. In seinem Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (2. Jahrgang, S. 458) führte der Wiener Professor C. Grünberg aus: es genüge nicht, um in einer Partei zu wirken, das Ziel mit ihr gemeinsam zu haben. Man muß auch auf demselben Wege zum Ziele gehen wie die anderen alle. Es sei denn, daß man imstande ist, sie auf neuen Bahnen mit sich zu reißen. Wenn das nicht gelingt, der darf sich nicht beklagen, wenn man ihn aus der Partei beseitigt.

Genau aber, wie in solchen Fällen jeder Verbandsangehörige volle Bewegungsfreiheit außerhalb der Organisation sich zu sichern berechtigt ist, darf hinwiederum dieser nicht das Recht abgeprochen werden, ihr nur äußerlich Zugehörige, die ihr unbehagen werden und ihr Normalleben stören, zu exkommunizieren, auszuschließen. Macht sie von diesem Rechte Gebrauch, so übt sie nur, was ihr der Selbsterhaltungstrieb gebietet. Namentlich dann, wenn ihr aus dem Verhalten der Mitglieder reflex Verantwortlichkeiten erwachsen oder von Gegnern aufgebürdet werden könnten, die sie um ihrer selbst willen nicht tragen darf.

Jene, die davon betroffen werden, sehen sich nicht freilich in der Regel als Opfer unerbittlicher Intoleranz an. Daß sie über solche Klagen, beweist nur ihr eigenes Unverständnis, und daß sie mit ungleichem Maße zu eigenen Gunsten messen.

Man sieht, Professor Grünberg hegt nicht die mindesten Besorgnisse, die Freiheit der Wissenschaft könne dadurch gefährdet werden, daß eine Partei ein Mitglied ausschließt, dessen Auffassungen mit den ihren unvereinbar sind. Und man wird nicht behaupten wollen, daß diesem Forscher die Freiheit der Wissenschaft nicht genug am Herzen liege. Vielleicht beruhigt das jene unter den Freunden Hildebrands, denen das Wort eines Professors mehr gilt als das eines simplen Parteigenossen.

Eines will ich zugeben: der Ausschluß eines ehrlichen, sympathischen Menschen wegen seiner Ueberzeugung ist ein peinlicher Schritt, wie jede Hinausweisung eines anständigen Menschen aus einer Gesellschaft. Würdiger wäre es gewesen, Hildebrand hätte selbst erkannt, daß er nicht zu uns paßt, und wäre freiwillig gegangen. Da er aber eine Entscheidung des Parteitages durchaus erzwingen wollte, mußte sie ihm gegeben werden. Hildebrand selbst hat sie heraufbeschworen.

Er war nicht der erste, der es tat. Es ist falsch, was in Chemnitz behauptet wurde, vor Hildebrand sei niemand wegen seiner Anschauungen aus unserer Partei ausgeschlossen worden. Ich erinnere an Friedeberg. Dessen Ausschluß berührte uns weit peinlicher als der Hildebrands. Friedeberg war nicht nur ein äußerlich sympathischer Mensch, er hatte unserer Sache schon unter dem Sozialistengesetz und seitdem fast bis zu seinem Ausschluß die größten Dienste geleistet. Trotzdem mußten wir ihn ausschließen, als er syndikalistische, antiparlamentarische Anschauungen entwickelte, die zu denen unserer Partei in schroffem Widerspruch standen. Friedeberg hat unsere Erwägungen sehr wohl zu würdigen verstanden und nie wehleidig über unsere Intoleranz gejammert. Wo waren aber damals alle die unentwegten Verfechter der unbedingten Meinungsfreiheit, die in Hildebrands Ausschluß eine unerhörte Schmach für unsere Partei sahen? — Nach Friedebergs Ausschluß krächte kein Hahn. Aber freilich, Friedeberg hatte antimilitaristische und antiparlamentarische Propaganda gemacht im Gegensatz zu Hildebrand, der uns auffordert, in Rüstungsfragen hinter der Regierung zu stehen und diese auf der Bahn kolonialer Abenteuer vorwärts zu drängen.

Friedeberg stand allein, niemand von Ansehen in Deutschland gesellte sich zu ihm, keine Macht stützte ihn. Jene Ansichten dagegen, die Hildebrand im Gegensatz zu unserer Partei vertritt, sind Ansichten der Machthaber, der herrschenden Klassen, der ganzen bürgerlichen Presse. Sollen wir deswegen verpflichtet sein, Hildebrand eine „Meinungsfreiheit“ einzuräumen, die wir Friedeberg ohne den geringsten Widerspruch nahmen?

Wollten wir wirklich den verkehrten Grundsatz akzeptieren, daß wir Leute als Parteigenossen anerkennen, die in den wichtigsten grundlegenden Fragen in vollem Gegensatz zur Partei stehen, dann sollten wir diesen Grundsatz doch eher auf geächtete Meinungen anwenden und nicht auf die Meinungen der herrschenden Klassen, die uns mit allen Mitteln unterdrücken. Wir haben aber nicht die geringste Ursache, uns eine derartige Auffassung zu eigen zu machen.

Es kann sich in einem Falle wie dem vorliegenden bloß um die Frage handeln, ob die Ausschließung zweckmäßig ist. Das Streben nach Einheit und Geschlossenheit unserer Partei ist nicht das einzige Moment, das dabei in Betracht kommt. Nicht minder wichtig ist das Streben, die Partei gleichbedeutend zu machen mit der Masse der um Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ringenden arbeitenden Klassen. Nun wurde behauptet, so lange unsere Partei klein war, eine bloße Sekte darstellte, konnte völlige Uebereinstimmung der Meinungen in ihr herrschen. Je mehr sie wachse, desto mannigfaltigere Elemente enthalte sie, desto verschiedenartiger

strengheit bewußt. So, das sah er, durfte er sich nicht jerner geben lassen, wenn er nicht auffallen wollte, und alle Gedanken zusammennemend, wandte er sich dem Gespräch mit seiner verblühten Nachbarin, die jedoch über den Rufschwärmte, zu, bis endlich der junge Frau herantat und ihm mit einer Entschuldigung gegen seine Gesellschaftin beiseite zog. „Lassen Sie mir den Aermstropfen für heute abend, ich bin schon darauf vorbereitet“, sagte der letztere, „unser Krühahn ist bereit, und da Sie sich wahrscheinlich noch keine Nachbarin engagiert, so kommen Sie zu meiner Schwester!“

Nur einen Moment zuckte es wie Widerstreben in dem Deutschen; in dem nächsten aber mußte er, daß es hier keinen Ausweg gab, daß ihm der härteste Kampf nicht erspart werden sollte, und daß er diesen zu bestehen habe nach besten Kräften. In möglichster freier Haltung folgte er dem Freunde quer durch das Zimmer nach einer lachenden Gruppe und stand in der nächsten Minute vor Margaret, aus deren Zügen bei seinem Anblick plötzlich der lachende Ausdruck schwand. „Reichardt möchte dich zu Tode geliebt“, schrie er, und es ist gut, wenn wir rechtzeitig Partei bilden!“ sagte John kurz und wandte sich wieder davon; des Mädchens Blick aber ruhte still und ernst auf Reichardts Gesicht, bis dieser ihr den Arm bot und sie in langsame Promenade durch das Zimmer führte. Er hatte ihr forschendes Auge gesehen, und jedes leichte Wort, mit dem er hätte eine Unterhaltung einleiten können, schien damit aus seinem Gedächtnisse geistlichen zu sein; er schloß ihren Arm leicht wie eine Feder auf dem feingegen ruhen, und eine Empfindung, wie er sie nie vorher empfunden, rißte durch seine Nerven; er wagte, wie aber er erwidern wollte, ohne Last an ihrer Seite zu gehen, während sie um sie her lachend und scherzend die übrigen Paare formierte und selbst der alte Groß mit einer launigen Rede bei der Pianopielerin als Johns Stellvertreter einführte, so lange dieser abwesend sei — und doch schien ihm kein Gebrauchen jedes leiblichen Gedankens zur Unterstützung einer Unterhaltung verweigern zu wollen. Da hörte er plötzlich seine Begleiterin halblaut in deutscher Sprache beginnen: „Ich halte mich ganz, Mr. Reichardt, Sie bei was zu suchen; Harriet Burton hat mir so wunderbar von Ihnen geschrieben, daß Sie immer noch ein launig Bekannter von mir sind.“ — „Wie in halber Zögerung waren die Worte gesprochen; danach Klang etwas so Ernüchtertes darin, daß Reichardts Seele und der deutsche Laut schon so verwandelt es sein Ob, daß es ihm wahr, als löse sich ihm eine beengende Fessel von ihm; unwillkürlich wußte er den Blick nach der Nebenher wanden und begegnete einem Auge, das wie in Feuer Strahlen zu ihm schickte.“

„Sie sind so unendlich freundlich gegen mich, Miß Groß, daß ich kaum weiß, wie ich Ihnen danken soll“, erwiderte er

in einem Tone, der seinen Worten jeden Charakter von Ironie nahm, und wie in leichter Bewunderung blinnte sie von neuem auf.

„Was tue ich denn Besonderes?“ fragte sie, „aber Sie sind anders, Mr. Reichardt, als ich Sie nach unserm ersten Zusammentreffen in Saratoga mit vorstellte; selbst wohl, als ich Sie durch Harriet habe kennen lernen, und ich hatte mich wirklich auf den heutigen Abend gefreut —“ sie hielt plötzlich inne, als habe sie zu viel gesprochen, und ein leichtes Rot trat in ihr Gesicht; Reichardt aber hatte den seinen Arm, der auf dem seinen lag, fest an sich drücken mögen; es erschien ihm wie eine wahre Seligkeit, der er nicht zu widerstehen vermochte, allen Zwang, den er sich angetan, von sich zu werfen, sich dem vollen Zauber, der auf ihn einwirkte, hinzugeben und dann kommen zu lassen, was da kommen möge. „O, wissen Sie nicht, Miß Margaret“, erwiderte er, und es war ihm, als spränge ein ganzer Strom von Luft in ihm auf, „wie wenig der Mensch und seine Stimmungen von ihm selbst abhängen, wie zehnerlei böse Geister, als da sind Klüßigkeit und Konvention, Unterschied in Stellung und Lebenslage, und wie sie sonst auch heißen mögen, ihm die glücklichsten Stunden verbittern zu können? So lange der Mensch nichts zu verlieren hat, kümmert er sich kaum darum und sagt sich hin, wo er ein Glas zu sehen vermerkt; kaum daß er aber etwas erachtet hat, muß er auch fühlen, welcher Unterschied ihn von Glücklicheren trennt, und mag den bösen Geistern ihren Zoll zahlen. Nicht wahr, Sie meinen, jetzt schwärzt ich vielen Unfug? aber lassen Sie es, Miß Groß, Sie sollen mich heute ganz so haben, wie sie mich vielleicht erwartet haben mögen!“

„Sie war mit höchlicher Aufmerksamkeit seinen Worten gelangt. Aber was haben denn Ihre bösen Geister mit unserer heutigen Abend zu tun?“ fragte sie, das große Auge wie in neuem Forscher auf sein Gesicht heftend, „sind wir denn, wie wir hier beisammen sind, nicht völlig außerhalb ihrer Kreise?“

„Reizen Sie, Miß?“ erwiderte er, und es wurde ihm, als müße sich jetzt sein Herz weit öffnen und alles, was es zum Übermaß gefüllt, in ihr Ohr ausströmen. „Dort geht Ihr höherer Langer und Gesellschaft“, fuhr er fort und strebte vergebens, seine Stimme frei von seiner inneren Bewegung zu halten; „was würden Sie sagen, wenn ich Ihnen das zerschnitten wolle, was ihm wohl seine Stellung erlaubt; wenn ich kein anderes Diktat kenne, als die Regungen in mir, denen ich gleichberechtigt mit jedem anderen folgen dürfte — wäre es nicht halber Rahmann, Miß Margaret? Und doch wäre das, was in mir lebte, vielleicht tiefer und wahrer, als Ihre Selbsterhaltung jemals fühlen können, doch brähe mit ihm, da es gelübt und begutet werden müßte, vielleicht der Jugendmut und die beste Kraft in mir zusammen —“

meinen Sie nicht, daß die bösen Geister auch hier tätig sein können? Aber lassen Sie nur, Miß“, fuhr er lebhafter fort, als ein leises Zucken ihres Armes ihn wie ein elektrischer Funke berührte, „Sie werden niemals von ihnen berührt werden, und ich hätte ja nicht einmal ein Wort davon gesprochen, wenn es nicht willenlos Ihrer Aufforderung gefolgt wäre!“

Schweigend gingen beide weiter, bis er den Blick nach ihr zu wenden wagte. Sie hatte den Kopf halb gesenkt, und er sah nur einen Teil ihres feinen, bleichen Gesichts. „Aber Sie sind mir nicht böse, Miß Groß?“ fragte er zögernd.

Sie sah langsam, einen eigentümlichen Ernst in ihren Zügen, auf. „Warum soll ich Ihnen böse sein?“ fragte sie halblaut; ihr Auge aber schien tiefer und dunkler zu werden, ein leises Beben machte sich darin bemerkbar, als sie sprach; doch wie zurückgeschreckt von dem Ausdruck in Reichardts Blick suchte es wieder den Boden.

„Der Truthahn wartet, Ladies und Gentlemen, und Sie erlauben mir, mich als Feldmarschall an Ihre Spitze zu stellen!“ wurde in diesem Augenblicke Johns Stimme laut, „vorwärts Reichardt, mir gleich nach, damit keine längere Zögerung entsteht!“ und lachend formierte sich hinter dem ersten Paare der Zug.

Eine glänzende Tafel empfing in dem gegenüberliegenden Zimmer die Eintretenden. Formlos und unter lauter Scherzreden erfolgte das Niedersehen; als aber Reichardt von dem ihm zugefallenen Plaze aufstah, traf sein Auge auf Johnson, der, sein Gegenüber bildend, mit zusammengezogenen Brauen des Deutschen ganze Erschütterung zu mustern schien, sich aber dann dem ihm vorgehenden Teller zuwandte. Bald klang ringsumher nichts als das Klappern der Messer und Gabeln, und Reichardt dankte im Augenblicke dem amerikanischen Gebrauche, schweigend die Hauptteile einer Mahlzeit einzunehmen; er erhielt wenigstens Zeit, sich zu sammeln. Margaret saß an seiner Seite, nicht von ihrem Teller aufsehend; dachte er aber daran, mit ihr ein Gespräch mit leichter Färbung beginnen zu müssen, so marterte er sich wieder vergebens ab, einen Anknüpfungspunkt dafür zu finden. Alles, was die übrigen vereinte, gefelliges Leben und Tagesgeschichte, war noch eine fast unbekannte Welt für ihn, und den einzigen Vereinigungspunkt, den sie auch wohl nur berührt hatte, um mit ihm auf gleich bekanntem Boden zu stehen, Harriet Burton, mochte er ihr gegenüber am wenigsten zum Gegenstande eines Gespräches machen.

„Haben die Ladies schon von der merkwürdigen Fete gehört, mit welcher Dr. Hoffells neues Haus eingeweiht werden soll?“ begann Johnson, seinen Teller zurückziehend und unter die als Dessert aufgestellten Mandeln und Rosinen greifend. (Fortsetzung folgt.)

auch die Meinungen, die sie umfasse, desto toleranter müsse sie werden.

Das steht auf den ersten Blick sehr bestechend aus, widerspricht aber den Tatsachen. Das chaotische Stadium bildet den Ausgangspunkt, nicht das Ziel der Parteientwicklung. Solange unsere Partei noch keine feste wissenschaftliche Grundlage hatte und über keine praktischen Erfahrungen gebot, tastend ihren Weg suchen mußte, da wimmelte es in ihr von den mannigfaltigsten Anschauungen. Es gab bei uns in der Zeit vor dem Sozialistengesetz nicht bloß Lassalleaner, sondern auch Weitlingianer, Proudhonisten, Rodbertusianer, Dühringianer, Schäfflerehrer, sogar Bodenreformer und bloße Demokraten mit gutem Herzen. Am dünnsten waren die Marxisten gesät. Unmittelbar vor dem Kommen des Sozialistengesetzes bekamen wir gleich zwei wissenschaftliche Zeitschriften, aber von Marxismus war in keiner die Rede.

Die Entwicklung ist seitdem nicht in der Richtung größerer Mannigfaltigkeit, sondern größerer Einheitlichkeit vor sich gegangen. Und darin liegt nichts Wunderbares. Die Erfahrung und ihre methodische, wissenschaftliche Systematisierung bildet für auseinandergehende Meinungen weit weniger Raum als Phantasie und Gefühl. Die Phantasie schaltet frei, die Wissenschaft ist die Erkenntnis des Notwendigen; die Phantasie strebt nach Mannigfaltigkeit, die Wissenschaft nach Einheitlichkeit.

So zeigt auch unsere Partei um so mehr die Tendenz nach wachsender Einheitlichkeit, je größer der Kreis ihrer Erfahrungen und je mehr ihre Ziele und Mittel durch wissenschaftliche Erkenntnis, nicht durch bloßes Bedürfnis und Sehnen bestimmt werden.

Dieser Tendenz wirkt freilich entgegen das Wachsen der Partei, das immer wieder neue Schichten mit eigenartigen Verhältnissen und eigenartigen Denken erfährt, sowie der geschichtliche Fortschritt, der immer wieder neue Probleme aufwirft, für die unsere alten Erfahrungen und Erkenntnisse nicht ausreichen, und der immer wieder neue Tatsachen und Methoden der Erkenntnis zutage fördert, durch die manche alte Erkenntnis umgewandelt oder gänzlich aufgehoben wird.

Alles das kann zeitweise wieder ein chaotisches Stadium bei uns hervorrufen. Zurzeit ist jedoch nichts davon zu merken, eher wachsende Geschlossenheit und Einheitlichkeit nicht nur im Handeln, sondern auch im Denken.

Die Menge der Meinungsverschiedenheiten unter uns erheischt also in keiner Weise eine größere Toleranz, als unsere Partei in früheren Zeiten geübt. Oder besser gesagt, unsere Partei hat von ihren Anfängen an eine so weitgehende Toleranz geübt, daß die erheblichsten Meinungsverschiedenheiten dabei bestehen konnten. Wir brauchen in keiner Weise weitherziger zu werden, als wir ehemals gewesen.

Die größte Toleranz gegenüber inneren Meinungsverschiedenheiten hat aber nie dahin geführt, daß unsere Partei die Grenzen verschieben oder verwischen ließ, die uns von den benachbarten bürgerlichen Parteien trennten. Diese Grenzen aufs schärfste zu ziehen, ist eine Lebensnotwendigkeit für jede und namentlich jede sozialistische Partei.

Daran würde sich auch dann nichts ändern, wenn eine Massenpartei wirklich gezwungen sein sollte, durch ihre Ausdehnung weit mehr Meinungsverschiedenheiten Raum zu gewähren und sich mit ihnen abzufinden als eine kleine Sekte mit wenigen Mitgliedern.

So wie ein Großstaat ebenso eifersüchtig über seine Grenzen wacht wie irgendein Zwergstaat, so muß auch die kolossalste Massenpartei auf das sorgsamste darüber wachen, daß ihre Grenzen gegenüber den anderen Parteien nicht verschoben oder verwischt werden.

Wie weit wir auch die Toleranz gegenüber inneren Meinungsverschiedenheiten treiben mögen, so weit darf sie nicht gehen, daß niemand mehr bestimmt sagen kann, wo die Sozialdemokratie aufhört und der Liberalismus und Imperialismus anfängt.

Diese Grenzen wären zur Unkenntlichkeit verwischt worden, hätte man Hildebrands Anrufung des Parteitages damit beantwortet, daß dieser ihn auch noch weiterhin als Parteigenosse anerkannte. Sein Ausschluß hat die Grenzen unserer Partei gegenüber Liberalismus und Imperialismus wieder einmal scharf gezogen; darin beruht die Bedeutung jenes Altes, die über die Bedeutung von Hildebrands Persönlichkeit hinausgeht.

Genosse Kautsky hat sicher recht. Der Ausschluß war ein Gebot der Konsequenz. Aber, wie in der gestifteten Rücksicht des modernen Lebens zuweilen erspriessend wie Gewitter goldne Rücksichtslosigkeiten sind, so steht es einer mächtigen Partei auch nicht schlecht, wenn sie einem armen Wurm gegenüber einmal inkonsequent ist. Wir halten nach wie vor den Vorschlag Lauffenbergs für die glücklichere Lösung.

## Aus der Partei.

**Preussischer Parteitag.** Die preussische Landeskommission setzte in ihrer letzten Sitzung den preussischen Parteitag auf die Zeit vom 6. bis 8. Januar 1913 fest. Die Tagesordnung wird lauten:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.  
Referent: Genosse Eugen Ernst.
2. Bericht der Landtagsfraktion.  
Referent: Genosse Heinrich Ströbel.
3. Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen.  
Referent: Genosse Paul Hirsch.
4. Die Landarbeiterfrage in Preußen.  
(Referent wird noch bekanntgegeben.)
5. Die Sozialpolitik im preussischen Landtage.  
Referent: Genosse Robert Leinert.
6. Beratung der eingegangenen Anträge.

**Genosse Kinkel in Göppingen** ist von der Landtagskandidatur, die ihm durch Mehrheitsbeschluß der Bezirkskonferenz übertragen worden war, zurückgetreten, nachdem in dem Beleidigungsverfahren, das er gegen das Parteimitglied Julius Bräuner angestrengt hatte, Freisprechung des Angeklagten erfolgte. Kinkel hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Da aber auch die Berufung Kinkels gegen seine Amtsentsetzung als Krankenkassenkontrolleur schwebt und damit zu rechnen war, daß die Gegner diese schwebenden Streitverfahren in der bevorstehenden Landtagswahl persönlich ausschlagen würden, hat Kinkel die Kandidatur niedergelegt. Es ist zu hoffen, daß nunmehr die Genossen des

Göppinger Bezirks, die binnen kurzem einen neuen Kandidaten aufstellen werden, einmütig den Wahlkampf aufnehmen und siegreich durchführen werden.

**Genosse A. Rudolph**, der seit 7 Jahren Parteisekretär für den Bezirk Frankfurt a. M. ist, übernimmt die Stelle eines leitenden Redakteurs an der „Weimarschen Volkszeitung“. Für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Pattlingen-Witten wurde der Genosse Josef Windau aus Zeitz als 2. Parteisekretär gewählt.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Der christliche Gewerkschaftskongress in Dresden.** In den Verhandlungen vom Dienstag des christlichen Gewerkschaftskongresses konstituiert Giesberts-Essen das Abstreifen der christlichen Gewerkschaftsbewegung von der sozialistischen revolutionären Theorie und Massenstreikpraxis der freien Arbeiterbewegung. Er betont die Notwendigkeit der Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Ein Textilarbeiter aus Düsseldorf Heutmann tritt für den Schutz und zwar nicht nur für den Industrie-, sondern auch für den landwirtschaftlichen Schutz ein. Er verlangt trotzdem Maßregeln gegen die Teuerung; er erhofft von der Abhilfe durch die Kommunen nicht viel. — Imbusch (Bergarbeiter) singt das abgeleitete Lied von dem Terrorismus der freien Gewerkschaftler gegen die christlichen Gewerkschaftler und fordert ebenso wie viele andere Debatteredner vermehrte Arbeitswilligenshug. — Stengelwald spricht in seinem Schlußwort von der Hintertreppenspolitik der Berliner Richtung, die den christlichen Gewerkschaften viele Tausend Mitglieder gekostet hätte. Die meisten deutschen Bischöfe seien aber für die interkonfessionellen Gewerkschaften. — Streiter, evangelischer und Wieber, katholischer Christlicher, (Metallarbeiter) feiern die Einheit beider Konfessionen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Es wurde eine längere Resolution angenommen, die in der Hauptsache betont, daß an den bewährten Bahnen der interkonfessionellen Gewerkschaften festgehalten werden soll. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Einführung einer Volksversicherung fordert. — Joos-M-Gladbach spricht über soziale Reformen und verteidigt die Interkonfessionalität zwischen Kapitalisten und Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften hätten nie absolutes Streik- und Koalitionsrecht verlangt. — Es erfolgt dann die Begrüßung des Kongresses durch den Präsidenten des sächsischen Landtags, den Nationalliberalen Dr. Vogel, der der christlichen Gewerkschaft wünscht, daß sie sich weiter so entwickeln möge, besonders um die Geschlossenheit des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber zu repräsentieren.

**Altes und Neues von den Hingebriedern.** In Hütten bei Dresden sind die Arbeiter der Kunstmühle ausgesperrt. Als Ersatz verschaffte sich der Besitzer der Mühle eine Anzahl Hingegardisten, doch bald verließen 8 der Arbeitswilligen die Arbeitsstätte. Die übrigen vier hatten es aber auch satt, da ihnen die 14 Tage „Arbeit“ schon zu viel waren. Nachdem sie zwei Tage nach Abreise der ersten acht das Mittagessen mit dem Geschirr durch die Fensterheben auf die Straße geworfen und in der Frühstücksstube alles kurz und klein gemacht und volle Kästen Bier buchstäblich klein geschlagen hatten, ließ der Unternehmer sie in sein Kontor rufen, um sie nach Auszahlung des Lohnes für eine Woche im Voraus zu entlassen. Damit hatte der Mühlenbesitzer bei den Hingegardisten kein Glück. Als sie erfuhren, daß sie nur noch für eine Woche Lohn erhalten sollten, zog einer der nützlichen Elemente seine Browningpistole aus der Tasche und fragte den Unternehmer, ob er nicht eine Patrone habe, damit er ihm etwas beibringen könne. Unter diesem „sanften“ Druck erhielten dann die Herren „Arbeitswilligen“ den Lohn für 14 Tage ausgezahlt. Sie hatten es aber nicht eilig mit der Abreise, sondern zechten den ganzen Nachmittag. Abends hatten sie kein Nachtquartier, weil sie niemand beherbergte. Kurz entschlossen verschafften sich zwei der Arbeitswilligen dadurch Eingang zu ihrer bisherigen Lagerstätte in der Mühle, daß sie die Tür aufbrachen. Dem Mühlenbesitzer hinterließen sie dann noch ein Andenken in Form eines unreinigten Bettes. Weder die Bedrohung mit der Browningpistole noch der Einbruch in der Mühle veranlaßte die Polizei zum Einschreiten, erst als die Streikbrecher weit vom Schuß waren, zog man Erkundigungen ein, ob die Herren bereits abgereist seien. Dieses Kapitel diene all den Scharfmachern zur eingehenden Lektüre, die mit Hingebriedern Arbeiterforderungen zu unterdrücken gedenken, und die über Terrorismus der Gewerkschaften und nach mehr Arbeitswilligenshug schreiben.

**Ein neuer Schwindel und Hereinfall der arbeiterfeindlichen Presse.** Unter der Stichmarke „Wo nicht gestreikt werden darf“ veröffentlicht die Reichsverbandspresse folgende Notiz: „Schon seit langer Zeit glauben es die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften als ihr vertriebes Recht ansetzen zu sollen, daß sie Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durch Streiks zu erlangen versuchen. Der Streik wird vielfach, entgegen jeder Tarifvereinbarung, vom Jaune gebrochen, und die Gewerkschaftslisten zählen trotzdem den Streikenden wachsend. In monatelang riesigen Massen aus, vorausgesetzt, daß in einem bürgerlichen Betriebe gestreikt wird. Wie ganz anders sich diese freien Gewerkschaftslisten verhalten, wenn es in einem sozialdemokratischen Betriebe zu einem Streik kommt, beweist die Klasse des Fabrikarbeiterverbandes in Riesa. Die Arbeiter der dortigen sozialdemokratischen Seifenfabrik hatten bis zum April ds. Js. Teuerungszulagen erhalten. Die Arbeiterschaft hatte gerade dieses Jahr, wo die Lebensmittelpreise erheblich angezogen hatten, die Beibehaltung der Teuerungszulagen von ihrer sozialdemokratischen Fabrikleitung erhofft. Weil sie sich in ihrer Erwartung enttäuscht sahen, traten sie nach langen vergeblichen Vorstellungen am 2. Juli in den Ausstand. Schmer enttäuscht sahen sich aber die sozialdemokratischen Arbeiter, als sie auf Streikunterstützung rechneten. Sie blieb ebenso aus, wie die vielgepredigte Solidaritätserklärung der verwandten freien Gewerkschaften. Schon nach wenigen Tagen mußten die streikenden Genossen, ohne auch nur das Geringste erreicht zu haben, in die Seifenfabrik zurückkehren. Gutem Vernehmen nach hat die „bodenlose“ Brüderlichkeit in diesem sozialdemokratischen Betriebe dadurch abermals ein Loch bekommen. — An diesem für die Amtstanten zurechtgemachten Reichsverbandschwindel ist nur das eine richtig, daß die Arbeiter der Seifenfabrik für eine längere Zeit — die am 1. Mai ds. Js. ihr Ende erreicht hatte — eine Teuerungszulage erhalten haben. Alle weiteren Ausführungen sind purer Schwindel.

## Die Klassenjustiz vor Gericht.

Der Prozeß gegen Dr. Lepp, Schöred und Neumann endete heute mit der Verurteilung der Angeklagten. Lepp wurde zu 300 Mark, Schöred und Neumann zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung beantragt der Staatsanwalt Verlesung eines früheren Artikels der „Arbeiterzeitung“, sowie zweier Urteile aus Nachen, mit welchen bewiesen werden soll, wie die „Arbeiterzeitung“ gegen die Justiz gehöre. — Rechtsanwält Franz beantragt Vernehmung des anwesenden Bergmanns Hofe, der am 15. März vom

Schöffengericht Steele wegen Streitvergehens zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, wegen desselben Delikts am 15. Mai erneut vor das Schöffengericht Steele zitiert wurde und am 28. September die dritte Anklage wegen desselben Vergehens bekam. Das Gericht lehnt die Anträge ab, die Behauptungen des Verteidigers als wahr unterstellend.

R. A. Frank, Verteidiger Neumanns, kennzeichnet in kurzen Strichen die Situation nach dem Streik und das Entstehen weiter Volkskreise über die ungeheuer harten Urteile, die rechtsstehende Politiker und parteilose Blätter zu scharfer Kritik veranlassen. „Auf die Silber kommt ungefähr ein Monat Gefängnis“, schrieb ein parteiloses Blatt. Als nun ein bürgerlicher Rechtsanwalt einen solchen Beitrag zur Frage der Klassenjustiz, d. h. der unbewußten Befangenheit in bestimmten Klassenanschauungen lieferte, war es die selbstverständliche Pflicht eines sozialdemokratischen Redakteurs, diese Auslassungen zu veröffentlichen. Ein Vorwurf der bewußten Rechtsbeugung liegt nicht vor. Angeklagter konnte auch nicht damit rechnen, daß die Leser seines Blattes den Ausdruck „Klassenjustiz“ anders auffassen würden, als dies immer von Sozialdemokraten geschieht; für die Anwendung des Dolus eventualis ist somit keine Handhabe geboten. Nicht nur eine Kritik der Streikjustiz, sondern geradezu ein Notzettel war nach dem Streik am Platze. Nicht wie sonst wurden Beleidigte auf den Weg der Privatklage verwiesen, sondern wegen Lappalien wurden Anklagen im öffentlichen Interesse erhoben, so z. B. wenn ein Streikführer rief: „Hurra, der Klapperstorch ist da!“ Ungeheuer viel Verhaftungen wurden angeordnet, langdauernde Untersuchungshaft verhängt in Fällen, in denen schließlich 10 oder 30 Mk. Geldstrafe verhängt wurde. In der ersten Zeit wurden Strafen verhängt, die wegen ihrer Höhe allgemeines Kopfschütteln erregten. In völlig gleichliegenden Fällen wurde anfänglich durchweg auf Freiheitsstrafen, wenige Wochen später durchweg auf Geldstrafen erkannt. Diesen Zuständen gegenüber stellen die Rede und der Artikel eine Kritik in durchaus sachlicher Form dar, die keine Strafe herausfordert.

Der Staatsanwalt verteidigt leidenschaftlich seinen Standpunkt, daß der Vorwurf der Klassenjustiz und des Anschandens der mangelnden Objektivität eine Beleidigung der Essener Richter darstelle. Die Umstände erforderten strengstes Vorgehen. Die Abschreckungstheorie ist keine rostige Waffe; sie liegt nicht zuletzt auch im Interesse des Angeklagten, denn sie soll ihn bessern. Die Notzettel der verurteilten Arbeitswilligen geboten strengstes Einschreiten. Staatsanwaltschaft und Richter unterlagen keiner Befangenheit; umso härter treffen sie die unbedeutendsten Vorwürfe.

Nach einer kurzen Replik erhalten die Angeklagten das letzte Wort. Dr. Lepp verteidigt in längerer Rede geschickt seinen Standpunkt und erklärt, daß er nicht anders handeln konnte und es auch heute nicht anders machen würde. In scharfen Worten kritisierte er die Art der Prozeßführung nach dem Streik, für deren Gleichgültigkeit im Bezirk ein eigenes vom Justizminister entsandter Kommissar gesorgt habe. — Die beiden Redakteure begründen kurz ihren Anspruch auf den Schutz des § 193.

Nach zweifundiger Beratung wurde das Urteil gefällt. Es lautet gegen Lepp auf 300 Mark, gegen Schöred und Neumann auf je 100 Mark Geldstrafe, Publikation des Urteils in der „Arbeiterzeitung“, im „Beobachter“ und im „Generalanzeiger“, Unbrauchbarmachung der Platten und Kostenüberbürdung auf die Angeklagten. Das Gericht ist der Ansicht, daß der Strafanzug ordnungsmäßig gestellt ist und daß die Äußerung von der Klassenjustiz eine Beleidigung darstellt. Die Angeklagten hätten damit rechnen müssen, daß ein Teil der Zuhörer und Leser die Worte in schlimmerem Sinne auffassen. Beleidigung liegt auch in dem Vorwurf der mangelnden Objektivität vor. Der Schutz des § 193 ist zu verjagen, da es sich nicht um die Angeklagten nahe berührende Angelegenheiten handelt.

## Aus der Jugendbewegung.

**Der Chef der Jugendwehr.** Der Jugendwehr in Langenschwalbach ist großes Heil widerfahren. Sie hat einen „neuen Chef“ erhalten, der sich durch eine besondere Energie und Schneidigkeit auszeichnet. Um ihren neuen Chef zu empfangen und ihm ihre Kriegstüchtigkeit zu beweisen, verammelten sich die „jugendlichen Helden“, 80 an der Zahl, zu einem Kriegsspiel. Pünktlich um 8 Uhr kam der schließlich erwartete neue Chef, — der fünfjährige Prinz Christian von Schaumburg-Lippe, hoch zu — Pony stolz dahergelitten. Mit „militärischem Ernst grüßend“, ritt er die Front der Jugendwehr ab. „Dann“ — so berichtet die „Wiesbadener Tageszeitung“ — „führte der neue Chef seiner Mutter und Schwieger, die vom Fenster des Metropole-Hotels dem militärischen Schauspiel zuschauen, sein Elitekorps vor. Schneidig geht der Parade marsch und gar vortrefflich das Exerzieren. Das folgende Kriegsspiel wirkt überraschend wahr und — wo es am tollsten hergeht, ist der kleine Chef mitten darin. Nach Friedensschluß sammelt sich alles zur Kritik, die natürlich der militärische Leiter ausübt, und dann geht es zum „Mandorliner“ — Schokolade und Kuchen — ins Metropole-Hotel, wo die friedlichere Fortsetzung des Tages mit „Ordensverleihung“, Absingen patriotischer Lieder, Spiel usw. folgt. Daß die „kleinen“ hohen Herrschaften bis zuletzt der zweifundigen Feier behaupten, trug nicht wenig zur Erhöhung der Festfreude bei.“ Lieb Vaterland magst ruhig sein!

## Soziales.

**Reichsgesetz zur Regelung der Wandererfürsorge.** Nach einer Korrespondenz wird ein Reichsgesetzentwurf zur Regelung der Wandererfürsorge vorbereitet, der die Einführung von Fürsorgevorrichtungen für mittellose Wanderer für alle Bundesstaaten bewirkt, wodurch ein einheitliches Vorgehen auf diesem Gebiet erzielt werden soll. Das württembergische System, das Wandererarbeitstätten aufweist, soll bei der reichsgesetzlichen Regelung besondere Berücksichtigung finden. Alle mittellosen Wanderer haben sich nach den dortigen Bestimmungen bei den Wandererarbeitstätten zu melden. Auf der Arbeitsstätte wird dem Wanderer Kosten und Unterkunft gewährt, wofür eine entsprechende Zeit zu arbeiten hat.

**Minimalforderungen für Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen.** Das Bestreben der an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten um vermehrte Schutz gegen Unfallgefahren hat einen recht beachtlichen Erfolg zu verzeichnen. Nicht zum wenigsten hat dazu beigetragen die vom Holzarbeiterverband veranstaltete Wanderausstellung „Unfallgefahren in der Holzindustrie“, die außer in Berlin in Frankfurt a. M., Darmstadt, Stuttgart und Nürnberg die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich lenkte. In Gemeinschaft mit der Organisation der Holzarbeiter haben 14 Berufsvereinigungen Minimalforderungen für Schutzvorrichtungen an Maschinen der Holzbearbeitung aufgestellt, wobei die Wünsche der Arbeiterorganisation voll Berücksichtigung fanden. Diese Minimalforderungen, die sowohl allgemeine Bestimmungen als auch für jede in der Holzbearbeitung in Betracht kommende Maschine spezialisierte Vorschriften enthalten, sollen an die Maschinenfabrikanten und

Dieser Artikel gerichtet und diese verpflichtet werden, nur Maschinen mit diesen Mindestforderungen entsprechenden Schutzvorrichtungen zu verkaufen. Die sich verpflichtenden Firmen sollen auf eine Liste gesetzt und die Mitglieder der Berufsvereinigungen verpflichtet werden, Maschinen etc. nur von Firmen zu kaufen, die auf dieser Empfehlungsliste stehen. Die Mitglieder der Berufsvereinigungen werden unter Verweisungen auf Bestimmungen der Gewerbeordnung darauf verwiesen, daß die Gewerbeunternehmer verpflichtet sind, Maschinen usw. so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes zuläßt. Die Berufsvereinigungen verpflichten ferner, daß sie die Bemühungen des Personals, das für die Unfallverhütungsgeschäft dauerndes Interesse und regen Eifer betätigt, durch Geldprämien anerkennen will. Die an den Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten dürfen sich dieses schönen Erfolges freuen, und sie brauchen sich diese Freude auch nicht durch den Umstand trüben lassen, daß die sächsische und die norddeutsche Holzberufsgenossenschaft sich nicht an der gemeinsamen Aktion beteiligen. Die Aufstellung der Minimalforderungen bedeutet die schriftliche Anerkennung der auf Unfallschutz gerichteten Forderungen der Arbeiter durch die Berufsorganisationen der Unternehmer. Mögen diese dabei auch von anderen Gesichtspunkten ausgehen als die Arbeiter und andere Interessen für sie ausschlaggebend gewesen sein, mögen die Minimalforderungen zunächst auch nur auf dem Papier stehen; der in der Holzarbeiterorganisation herrschende lebendige Geist wird dafür sorgen, daß die Forderungen auch in der Praxis durchgeführt werden.

### Aus Nah und Fern.

Die neueste Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow. Die Berliner Feuerwehr steht nicht nur unter dem Kommando ihres Branddirektors Reichel, sondern auch unter der Herrschaft des Polizeipräsidenten Jagow. Nun sind die Berliner Feuerwehrmänner in einem Verein organisiert, der gut königlich ist, und dessen Satzungen ausdrücklich vom Polizeipräsidenten genehmigt wurden. Trotzdem ist dieser Verein dem Branddirektor Reichel ein Dorn im Auge, was aus einem Schreiben hervorgeht, das Rechtsanwalt Dr. Ernst Feder, der Syndikus des Vereins, an die Presse versendet. Danach zwang im Frühjahr dieses Jahres der Polizeipräsident sämtliche Chargierten der Feuerwehr, aus dem Verein Berliner Feuerwehrmänner auszutreten. Nach den Satzungen des Vereins muß aber ein Drittel des Vorstandes aus Chargierten bestehen; es mußten daher die Satzungen geändert werden. Dieser Änderung verlagte das Polizeipräsidentium aber die Genehmigung; jedoch wurde verlangt, daß der Vorstand des Vereins nur noch aus aktiven Feuerwehrmännern bestehen solle. Der Verein lehnte eine solche Änderung ab, da er die Pensionierten nicht zu Mitgliedern II. Klasse stampeln wollte. Das hat nun dem Polizeipräsidenten Anlaß gegeben, von den Feuerwehrmännern den Austritt aus dem Verein, der spätestens am 9. Oktober erfolgen soll, zu verlangen. Montag abend beschloß sich eine Generalversammlung des Feuerwehrmännervereins mit den Maßnahmen des Polizeipräsidenten. Etwa 300 Feuerwehrmänner waren anwesend. Die Erregung war groß. Die Redner gaben einmütig der Meinung Ausdruck, daß weder der Polizeipräsident, noch der Branddirektor das Recht hätten, den Feuerwehrleuten den Austritt aus dem Verein zu befehlen. Bald tausend Mann gehören dem Feuerwehrmännerverein an und sie entlassen, hieße Berlin ohne Feuerwehr stellen. Syndikus Dr. Feder kennzeichnete das Vorgehen der Abteilung als eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Berlinern und als Unangeleglichkeit. Er erklärte, wer von den Feuerwehrmännern eine Erklärung unterschreibt, daß er dem Verein nicht mehr angehören will, der sei an diese Erklärung nicht gebunden. Kein deutsches Gericht werde eine solche Erklärung anerkennen. Schließlich empfahl Dr. Feder den Vereinsmitgliedern, auf ihrer Austrittserklärung ausdrücklich zu vermerken: „Der Austritt erfolgt auf Befehl des Polizeipräsidenten“. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Die am 7. Oktober versammelten 300 Mitglieder des Vereins Berliner Feuerwehrmänner iraden sich dahin aus, daß der Verein stets entsprechend seiner vom Kgl. Polizeipräsidentium genehmigten Satzungen gehandelt und keine Veranlassung dazu gegeben hat, daß seine Mitglieder zu dem sie finanziell und ideell schwer schädigenden Austritt veranlaßt werden. Sie werden daher in alter Kameradschaft dem Vereine treu bleiben und sich nicht durch widerrechtliche Drohungen zum Austritt zwingen lassen.“ — Dienstag werden zwei weitere Generalversammlungen stattfinden.

Zum Konflikt in der Berliner Feuerwehr. Am Dienstag fand die zweite Generalversammlung des Vereins Berliner Feuerwehrmänner statt, an der etwa 500 Feuerwehr-

männer teilnahmen, die in der ersten Versammlung nicht anwesend sein konnten. Syndikus Dr. Feder besprach wieder die Situation und trat vor allem in scharfen Worten den von offiziöser Seite verbreiteten Nachrichten entgegen. So sei es unklar, daß die Chargierten freiwillig aus dem Verein ausgetreten sind, vielmehr sei durch Tatsache erwiesen, daß ein Druck auf sie ausgeübt worden ist. Unrichtig sei, daß innerhalb des Vereins Zwistigkeiten bestanden hätten, vielmehr sei Zwietracht erst durch das Kommando der Feuerwehr hineingetragen worden, die den Verein entgegen der vom Polizeipräsidentium genehmigten Satzung in drei Teile zersplittern wollte. Unrichtig sei endlich, daß zahlreiche pensionierte Feuerwehrmänner mit dem Vorgehen des Vorstandes nicht einverstanden seien. Vielmehr sei der Kampf gerade deswegen entbrannt, weil die Abteilung den Ausschluß der ihr mißliebigen Pensionierten erzwingen wollte, obwohl sie sich seinerzeit mit der Wahl eines dem Kommando genehmen Pensionierten einverstanden erklärt hatte. Er brachte hierauf zwei Originaldepeschen des Branddirektors zur Verlesung, die am Dienstag auf sämtlichen Wachen eingelaufen waren. Der Wortlaut der Depeschen ist: Bis Mittwoch abend 8 Uhr sind den Oberbrandinspektionen die Listen einzureichen. Liste I hat die Namen der unverheirateten Feuerwehrmänner zu enthalten. Liste II die der verheirateten Feuerwehrmänner unter Angabe der Dienstzeit und Zahl der Kinder. In der zweiten Depesche wird verlangt, daß in den einzureichenden Listen noch diejenigen Feuerwehrmänner bezeichnet werden, die auf den vom Branddirektor geforderten Meldungen den Grund des Austritts angeben oder den Zusatz: „Auf Befehl des Polizeipräsidenten“ gemacht haben. Dr. Feder wies nochmals darauf hin, daß jede Erklärung, die die Feuerwehrmänner in ihrer jetzigen Zwangslage gegenüber dem Kommando abgeben, rechtlich unwirksam sei. Die bereits mitgeteilte Resolution wurde auch in dieser Versammlung einstimmig angenommen. In einer Unterredung des Branddirektors mit Feuerwehrleuten soll Reichel dem Wunsch Ausdruck gegeben haben, daß die Feuerwehrmänner, wie die Chargierten, einen besonderen Verein bilden mögen, und auch nicht mehr mit den Pensionären gemeinsam verhandeln. In einer Beschwichtigungsnote der bürgerlichen Blätter wird gesagt, „es verlautet“, im Polizeipräsidentium soll nicht die Absicht bestehen, den Austritt der Feuerwehrmänner aus dem Verein zu erzwingen; die Verfügung drücke vielmehr nur einen Wunsch des Polizeipräsidenten aus. Also überal liegt nur der „Wunsch“ vor, und diesem „Wunsch“ sollen sich selbstverständlich die Feuerwehrleute fügen, andernfalls sie — fliegen. Daran wird auch der Minister v. Dallwitz nichts ändern wollen, der jetzt vom Polizeipräsidenten einen Bericht eingefordert hat.

Zusammenstoß in der Luft. Gestern nachmittag sind der Flieger Michaelis auf einer Erich-Taube und der bulgarische Oberleutnant Poproystew auf einem Albatros-Doppeldecker bei Berlin in der Luft zusammen gestoßen, wobei beide Flugzeuge stark beschädigt wurden. Bei dem Zusammenstoß hat der bulgarische Offizier anscheinend schwere Verletzungen erlitten.

Bei der Arbeit erstickt. Auf der Zementfabrik in Neubekum (Westfalen) sind zwei italienische Arbeiter, die an der Erweiterung eines Kellerraumes vier Meter tief unter der Erde beschäftigt waren, durch Einatmen von Erdgasen erstickt.

Unter schwerem Verdacht. In Neubullach bei München ist ein Waldarbeiter unter dem Verdacht verhaftet worden, seine seit dem vorigen Jahre verschwundene Schwiegermutter sowie seine seit Februar d. J. nicht mehr gesehene Frau, Mutter von fünf Kindern, ermordet und bestattet zu haben. Auf einen Bauer, der ihn im Wirtshaus der Tat verdächtigte, hat der Waldarbeiter auf dem Heimweg gefeuert, aber fehlgeschossen. Er wurde von dem Bauer erkannt und festgenommen. Der Untersuchungsrichter hat jetzt die Absuchung des Terrains durch Polizeihunde angeordnet, um nach den Leichen zu suchen.

Ein Eifersuchtsdrama. In einem Gasthause Klein-Basels kam es zu einer Schießerei zwischen Gästen, zwei Herren und einer Dame. Die beiden Herren sind tot, die Dame ist sehr schwer verletzt. Die Toten sind der etwa fünfzigjährige Baumeister Speiser aus Friedlingen bei Leopoldshöhe in Baden und ein Eisenbahnsekretär aus Leopoldshöhe. Der letztere hatte mit der Gattin Speisers eine Zusammenkunft, als Speiser unerwartet im Hotel erschien. Ueber den Hergang der Schießerei ist vorläufig nichts genaueres zu erfahren, da die einzige Zeugin die schwerverletzte Frau Speiser ist.

Explosionstatastrophe in Mexiko. Eine verheerende Pulverexplosion meldet der Telegraph aus der Stadt Tampico in Mexiko. In dem Waidenhaus der Stadt brach ein Brand aus, der die in einem Speicher aufbewahrten Schießpulvervorräte erfasste und zur Explosion brachte. Durch

die Explosion wurde das Warenhaus vollständig zerstört, über 100 Menschen unter den Trümmern der Bausteine begraben und etwa ebensoviel durch umherfliegende Balken und Steine verletzt. Bisher sind aus den Trümmern 51 Leichen geborgen worden.

Revolte in einem rumänischen Zuchthause. Im Zuchthause zu Galatz revoltierten die Sträflinge gegen die Verwaltung. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurde Gendarmarie herangezogen. In dem Kampfe zwischen den Gendarmen und Zuchthauslern wurden ein Gendarm und sieben Sträflinge getötet und 17 schwer verletzt.

Familiendrama. Am Mittwochmorgen hat in seiner Wohnung in Offenbach der Laiferer Adam Zipp auf sein elf Monate altes Kind geschossen und sich dann selbst durch einen Revolvererschuß entleibt. Das Kind wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Als Grund der Tat gibt der Mann in einem hinterlassenen Briefe an, daß er sich von seiner Frau hintergangen fühlte.

### Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 9. Oktober.

Bauern-Butter Pfd. 1,95—1,40 Mk., Meteerel-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen 8 Mk., Enten 8,00—8,50 Mk. Hühner 1,60—2,20 Mk., Räten Stck 1,20—2,00 Mk., Lauben Stck 60—70 Pf., Gänse Pfd. 90 Pf., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinestopf Pfd. — Pf., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,80—1,60 Mk., Eier Stck. 10 Pf., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pf., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumentohl der Kopf 20—50 Pf., Kürbisse, hiesige, Pfd. — Pf., eingeschickte, Pfd. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pfd. 1,70 Mk., größere Pfd. 1,80 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Aal, große Pfd. 1,— Mk., mittlere Pfd. 80 Pf., kleine Pfd. 60 Pf., Karauschen Pfd. 80 Pf., Seezucht, große Pfd. 70 Pf., mittel Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pf., Brachsen, gr. Pfd. — Pf., kleine Pfd. — Pf., Mand Pfd. — Pf., Krotzungen, große Pfd. 25 Pf., kleine Pfd. 10—15 Pf., Krebse Pfd. — Pf., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. 40 Pf., frische Pfd. 30—35 Pf., Butte, größere Pfd. 80 Pf., kleinere 20 Pf., Steinbutt, lebende Pfd. 80—100 Pf.

### Getreidepreise. Lübeck, 9. Oktober.

Weizen, 120—128 Pfd. holl. 190—205 Mk., Roggen 112—122 Pfd., holl. 160—172 Mk., Gerste, nach Qualität 170—200 Mk., Hafer, nach Qualität, 160—180 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

### Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 9. Oktober.

Auftrieb 1944 Schweine. Markt ruhig geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 88,— (bis 66,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—280 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 82,— (— bis 66,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 80,— bis 81,— (62,50 bis 63,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 79,— bis 80,50 (61,50 bis 63,— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 77,— (64,50 bis 68,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 77,— bis 78,— (61,50 bis 62,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 78,— (56,— bis 58,50) Mk.

### Butter-Notierungen

q. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein Butter-Auktion des ostholsteinischen Meteerel-Verbandes. Hamburg, 9. Oktober.

1. Klasse 805 Drittel zu 135,41 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 28 „ 126,29 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“

Ein tüchtiger Dirigent zum 1. Dezember nach Schwarzau gesucht. Bewerber wollen sich schriftlich melden bei Robert Schrös, 4059 Fremdenweg 8 bei Lübeck.

Für ein Hamburger Hobelwerk per sofort ein erfahrener tüchtiger Hobelmeister gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeits- und Lohnansprüche unter D 6695 an (4064) Heiar. Eisler, Hamburg 3, erbeten.

Eine Wohnung mit Gartenland zu vermieten. (4049) Vohstraße 22. Ein gut erhalt. Damen-Jackett, Größe 42 und ein Paar schwarze Schürhülsen, Nr. 33, billig zu verkaufen. (4056) Warendorferstr. 70, Nr. 2 Kl. Haus, v. d. Postl. Dorfl. St. 2. Weg. 2. u. 3. im. Räume u. m. 6500 Mk. Aug. 50 Mk. ev. ohne Anzahl. (4058) St. Annenstr. 12, Nr. 2. Ein gut erhaltener Waschkübel zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter H 5 an die Expedition dieses Blattes. (4051)

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten, Johannisstraße 46.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Liseck Otto Albers Kuhn, Markt 4, 10 sind vorzüglich bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.: Leberhosen . . . 2,20—2,45 Hemdenhosen . . . 2,60—2,75 Schürhülsen . . . 1,88—2,25 Überziehhosen . . . 1,08—2,25 Herren-Jacken, jährlich u. gerade, 1,28, Damen-Garden, Schürhülsen, Herren- und Damen-Unterwäsche, etc. etc. etc. billige. Nägen von 30 Pf. bis 1,50 Mk. Kurt Suberaw.

Johannes Holst Kohlmarkt 6, Markt 6. Bettfedern und Daunen Pfd. 48, 95, 1,25, 1,60, 1,85, 2,20, 2,85, 3,50, 4,00, 5,25. Federdichte Inletts Meter 70, 1,25, 1,38, 1,68, 1,95 4067) 2,10, 2,45, 3,00.

Ein Kleider, weil zu klein geworden, billig zu verkaufen 4047) Jattenergrube 63, I.

H. Beckmanns Schuhgeschäft 3 Reiferstraße 3.

Eingetroffen: Halbsteffel mit Eisen R. 10,50 Kniefsteffel „ „ R. 15,— prima Qualität. Arbeitsschuhe mit Eisen 5,75 wertigste Jagdstiefel 6,75 Schürhülsen 6,75 Schürhülsen 7,50 Herren-Bootsch., Schürh., Jagd- u. Schnallentiefel u. 8,75 an Damen-Schnallentiefel u. 5,75 an Sämtliche Frauen- u. Mädchen-schuhe billig. (4062) Reparaturwerkstatt. Neue Nahtmaschinen.

Geschäfts-Eröffnung. Mit dem heutigen Tage eröffne ich in der Beckergrube 7 ein Geschäft für Zigarren, Zigaretten, Tabate, Weine, Zigarren- sowie Zigarettenstücken, Spazierstöcke etc.

Mein Bestreben ist, durch geringe Spesen unterstützt, zu stollen Preisen zu verkaufen. Ich lege besonderen Wert auf nur gute abgelagerte Qualitäten von ersten Firmen, die den vermögtesten Raucher befriedigen. Ich halte mich meinem hochverehrten Raucherpublikum bestens empfohlen.

Curt Hoffmann, Zigarren, Zigaretten en gros en detail. 4048 Beckergrube 7.

Wichtig, bitte bestimmt-lesen. Nur zur Einführung von Ragoda. Damit auch die kleinen Haushaltungen schon bis Ende d. J. eine Prämie auf unser beliebtes und bestbewährtes selbsttätiges Schnellwaschmittel RAGODA erhalten können, geben wir gegen Gutscheine von 5 Pfund 1 gute Schere, 1 fl. Mosak-Brosche, 1 fl. Korallenkette, 1 fl. Kollier, etc., von 10 Pfund 3 fl. Esslöffel, 1 echt silb. oder 3 fl. Silber-Teelöffel, 1 echt silb. Kollier etc. Weiteres die Prospekt. Später müssen Gutscheine von 10 resp. 20 Pfund eingewechselt werden. RAGODA ist unübertroffen, überzeugt Sie sich davon! Einzig in seiner Art! D. R. G. M. Nr. 418136 höchste Auszeichnungen. — Überall zu haben. 1 Pfund nur 55 Pf., 1/2 Pfund 30 Pf.

SCHUMANN & WILLE, Wittenberge.

Das Bild „Die Madonna von Bochum“ ist wieder vorrätig. Preis 35 Pfg. Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46

Billige Fische. Verkauf Donnerstags abend 6—7 Uhr: Beckergrube 22. Verkauf Freitags 8—11 Uhr: Markt-halle. 4069 Verkauf Freitag abend 6—7 Uhr: Beckergrube 22. Verkauf Sonnabend 6—1 und 5—9 Uhr: Markthalle. Verkauf Sonnabend abend 6—8 Uhr: Beckergrube 22. Große Auswahl! Schenkbilliche Ware! Wirklich billige Preise! J. Hamann Buchdruckerei, Lübeck.